

Die Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen 1998

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1999). *Die Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen 1998*. (Berichte / BIOst, 2-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43865>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;
e-mail: biost.koeln@mail.rz.uni-koeln.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Der Wahlkampf und die Medien	7
2. Die zur Wahl angetretenen Parteien und Wahlblöcke	13
3. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen und ihre Folgen für die Parteienlandschaft	23
4. Das neue Parlament und die Wahl des Parlamentsvorsitzenden	28
5. Die Vorbereitungen auf die Präsidentschaftswahlen 1999	34
6. Fazit	38
Abkürzungsverzeichnis	39
Summary	41

10. Dezember 1998

Alexander Ott

Die Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen 1998

Bericht des BIOst Nr. 2/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Den politischen Höhepunkt des Jahres 1998 bildeten in der Ukraine die zweiten freien Parlamentswahlen (29. März 1998) seit der Verkündung der Unabhängigkeit des Landes. Es waren die ersten nach der Annahme der neuen Verfassung im Juni 1996 und somit eine Bewährungsprobe für die ukrainische Demokratie und das Mehrparteiensystem. Die Parlamentswahlen 1998 reichen in ihrer Bedeutung über die Neubestellung der Verchovna Rada (VR) hinaus: Sie waren eine Art (Pro)testwahl vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, die für Oktober 1999 anberaumt sind, und wurden deshalb von allen politischen Akteuren als Weichenstellung für diese betrachtet. Die Bedeutung der Parlamentswahlen für die politische Entwicklung in der Ukraine ist im Vergleich zu den Dumawahlen in Rußland weitaus größer, da das ukrainische Parlament über mehr Vollmachten verfügt als die rußländische Staatsduma.

Der Bericht beruht auf Materialien aus der ukrainischen Presse.

Ergebnisse

1. Ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde das ukrainische Wahlsystem reformiert: Ende September 1997 trat ein wichtiges Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" (kurz: "Über die Wahlen") in Kraft. Nach diesem Gesetz, das das gemischte Wahlrecht einführte, wurde zum ersten Mal die Hälfte der Abgeordneten nach Parteilisten gewählt. Diese Novellierung des Wahlgesetzes führte zur Aktivierung der Parteien. Viele neue, kurzlebige Parteien entstanden, die nur ein Ziel hatten, nämlich ins Parlament zu kommen.

Da die politischen Prozesse in der Ukraine in einem hohen Grad personifiziert sind, ging es vor den Wahlen weniger um Inhalte als vielmehr um persönliche Rivalitäten. Die politischen Parteien in der Ukraine unterscheiden sich nicht nur durch ihre politische Orientierung (Rechte, Linke, prorussisch, prowestlich) voneinander, sondern in erster Linie durch ihr Verhältnis zum Präsidenten (pro- oder antipräsidentisch). Jeder prominente ukrainische Politiker hat seine "eigene" Partei. Die Parteien werden nicht nach ideologischen Prinzipien, sondern nach dem Prinzip der persönlichen Treue gegründet und zerfallen entsprechend.

Im Wahlkampf fiel den Medien eine große Rolle zu. Die Zeitungen und Fernsehsender brachten die Werbespots der Parteien und Wahlblöcke, die von PR-Firmen vorbereitet worden waren. Bei der Ausstrahlung von Werbespots der Parteien spielte das Geld aber

eine untergeordnete Rolle. Freilich konnten sich die reicheren Parteien mehr Werbezeit leisten als die ärmeren. Ausschlaggebend für den Erhalt der besten Sendezeit war jedoch die Loyalität zum Präsidenten. So fiel unabhängigen Beobachtern die deutliche Benachteiligung einiger Parteien bei gleichzeitiger Bevorzugung bestimmter anderer unangenehm auf.

2. Von mehr als 50 offiziell registrierten politischen Parteien und Vereinigungen hatten 32 Parteien und Wahlblöcke bis zum 19. Dezember 1997 (100 Tage vor dem Wahltermin) ihre Wahllisten bei der Zentralen Wahlkommission (CVK) eingereicht. Die CVK ließ 30 politische Organisationen (21 Parteien und 9 Wahlblöcke) zu, die 200.000 Unterschriften (darunter nicht weniger als jeweils 10.000 Unterschriften aus 14 administrativen Einheiten der Ukraine) vorlegen konnten. Zu Favoriten zählten von Anfang an die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), die "Volksruch der Ukraine" (NRU), die Volksdemokratische Partei der Ukraine (NDPU) sowie der Block "ZPNU", bestehend aus der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU) und der Bauernpartei (SelPU).
3. Infolge der Wahlen wurde die "Spreu vom Weizen" getrennt. Zahlreiche kleine und kleinste Parteien fielen durch. Lediglich 7 Parteien und 1 Wahlblock haben im Landesdurchschnitt die 4%-Hürde übersprungen: Zwei Parteien (KPU und PSPU) sowie der Wahlblock "ZPNU" gehören dem linken Lager an; vier Parteien (NDPU, PZU, SDPU(o) und VOH) sind zentristisch orientiert; die NRU vertritt national-demokratische Positionen. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen bestätigten die Tatsache, daß die Ukraine politisch gespalten ist: Genauso wie vor vier Jahren haben die Linken ihre Hochburgen im Osten und Süden, während die national-demokratische NRU und die Rechten die meisten Stimmen in der West- und Zentralukraine holten.
Die Linken haben trotz massiver Verstärkung ihrer Präsenz im Parlament ihr Ziel – die Mehrheit der Parlamentssitze – verfehlt. Mit ihrer relativen Mehrheit (im Vergleich zu den übrigen Parteien) sind die Kommunisten auf die Unterstützung der anderen Linken angewiesen; dennoch ist es fraglich, ob es im linken Lager zu Einigkeit und gemeinsamem Vorgehen kommt. Die Programmunterschiede zwischen der KPU und SPU und persönliche Konkurrenz unter den linken Führern Symonenko-Moroz-Vitrenko (die als potentielle Kandidaten für das Präsidentenamt gelten) sind nicht ohne Bedeutung. Sogar mit Unterstützung der linksorientierten "Parteilosen" haben die Linken keine rechnerische Mehrheit im Parlament. Nur in der ablehnenden Position gegenüber dem "volksfeindlichen Kučma-Regime" sind sich alle Linken einig. Auf dieser Grundlage könnte es auch zu einer "antipräsidentialen Allianz" zwischen den Linken und der "Hromada" (VOH) kommen.
4. Anfang November 1998, sieben Monate nach den Wahlen, war das ukrainische Parlament mit 448 Abgeordneten immer noch nicht komplett. Im Vergleich zum alten Parlament ist das neue ein wenig konsolidierter und strukturierter geworden. Die Zahl der Fraktionen ist leicht zurückgegangen: Statt zeitweise 11 Fraktionen und Abgeordnetengruppen, die von Vertretern von mehr als 15 Parteien gebildet worden waren, sowie einer großen Zahl von "Unabhängigen" und Parteilosen in der vorigen Verchovna Rada wurden im Parlament der XIV. Legislaturperiode zunächst 8 Parteifraktionen gebildet. Dafür mußte die Geschäftsordnung geändert werden: Die Mindestzahl der Abgeordneten für eine

Fraktion wurde von 25 auf 14 herabgesetzt.

Im neuen Parlament sind zwei große "ideologische" Blöcke auszumachen: Linke (drei Fraktionen) gegen Zentristen und National-Demokraten (fünf Fraktionen). Da aber das Verhältnis zum Präsidenten und seiner Politik ausschlaggebend ist, verläuft die Trennlinie in Wirklichkeit zwischen anti- und propräsidentischen Kräften, also zwischen den Linken plus "Hromada" einerseits und den präsidientreuen Zentristen (NDPU, SDPU(o) und PZU) plus NRU andererseits. Kein Block hat die Mehrheit, was zu einer zweimonatigen Pattsituation bei der Wahl des Parlamentsvorsitzenden geführt hatte. Erst nach 20 Anläufen wurde der Kandidat des "Linken Zentrums", Oleksandr Tkačenko, zum Parlamentsvorsitzenden gewählt.

5. Der Wahlmarathon, der schon das ganze Jahr 1997 prägte, endete nicht mit dem Wahltag am 29. März 1998, sondern ging in eine neue Phase über: Die Parlamentswahlen galten als Generalprobe vor den Präsidentschaftswahlen. Sie brachten zwar Erfolge für die linke Opposition und bedeuteten eine deutliche Stärkung der antipräsidientischen Kräfte, führten aber nicht zu klaren Verhältnissen im Parlament. Das Fehlen einer eindeutigen Parteienmehrheit oder fester Koalitionen zwischen verschiedenen Fraktionen wirkt sich negativ auf die Effizienz des Parlaments aus. Das beste Beispiel dafür lieferte die zweimonatige Auseinandersetzung in der VR um die Wahl des Parlamentsvorsitzenden. Die Legislative als Ganzes ging aus den Wahlen nicht unbedingt gestärkt hervor, es gibt immer noch keine politische Kraft, die imstande wäre, die Regierung zu bilden und Verantwortung zu übernehmen. Der kurz nach den Wahlen angeschlagen erscheinende Präsident Kučma hat sich von der Wahlschlappe erholt und schon im Sommer 1998 von der Pattsituation im Parlament profitiert. Er ergriff die Initiative und ging mit seinen Wirtschaftsdekreten in die Offensive. Mit einigen geschickten Gegenschlägen baute er seine Position für den bevorstehenden Kampf aus. Über seine Anhänger im Parlament gelang es Kučma, seinen wahrscheinlich schärfsten Rivalen bei den Präsidentschaftswahlen, Oleksandr Moroz, zu hindern, erneut das Amt des Parlamentsvorsitzenden zu übernehmen. Mit der Wahl Tkačenkos zum Parlamentsvorsitzenden wurden die Karten auf dem politischen Olymp der Ukraine neu gemischt. Auch durch die Spaltung der SPU-SelPU-Fraktion wurde Moroz entscheidend geschwächt, da er jetzt um die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung bangen muß. Kučma bekam dagegen eine weitere Stütze für den Wahlkampf: die finanziell starke SDPU(o). Dadurch verschlechterten sich auch die Startbedingungen für seinen anderen Rivalen, Ex-Premier Jevhen Marčuk, der ohne eigene Partei ziemlich allein dasteht.

Ein weiterer potentieller Kandidat für das Präsidentenamt, der Ex-Premier Pavlo Lazarenko, der zwar eine eigene Partei hat und über ein mächtiges Zeitungsimperium verfügt, geriet in Bedrängnis und muß sich gegen Korruptionsvorwürfe und Veruntreuung von Staatsgeldern wehren. Der Druck auf die Presse seitens der Staatsstrukturen wurde 1998 wesentlich höher: Oppositionelle Zeitungen werden unter verschiedenen Vorwänden verfolgt, die propräsidentischen Medien werden dagegen gefördert. So schaffte es Kučma, nicht nur Konkurrenten zu schwächen, sondern auch das Heft in die Hand zu nehmen und sich trotz seiner rapide sinkenden Popularität als Kandidat Nummer eins zu präsentieren. Da aber der ukrainische Wahlkampf, genauso wie die Politik insgesamt, eigene Gesetze hat, bleibt es völlig offen, wer der nächste Präsident sein wird.

1. Der Wahlkampf und die Medien

Die zweiten freien Parlamentswahlen in der Ukraine seit der Verkündung der Unabhängigkeit des Landes 1991 fanden am 29. März 1998 statt. Das waren die ersten seit der Annahme der neuen Verfassung im Juni 1996 und somit eine Bewährungsprobe für die ukrainische Demokratie und das Mehrparteiensystem. Ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde das ukrainische Wahlsystem reformiert: Ende September 1997 wurde ein wichtiges Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" (kurz: "Über die Wahlen") verabschiedet. Dank diesem Wahlgesetz, das erst einen Monat später, am 24. Oktober 1997, vom Präsidenten unterzeichnet und zur Bekanntmachung freigegeben wurde, konnten die Wahlen in einem einzigen Wahlgang durchgeführt werden. Das Wahlgesetz regelte das Wahlsystem neu: Das komplizierte Mehrheitswahlrecht wurde durch ein gemischtes Wahlrecht ersetzt. Es sieht unter anderem vor, das zukünftige Parlament nach dem Mehrheits- und Verhältniswahlsystem zu wählen. 50% der 450 Abgeordneten kommen als Direktkandidaten in den Wahlkreisen ins Parlament, die anderen 50% werden nach Parteilisten gewählt. Die zweite prinzipielle Änderung betrifft die Wahlbeteiligungsgrenze, die abgeschafft wurde. Da das alte Wahlgesetz eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% vorsah, führte die geringe Wahlbeteiligung dazu, daß das ukrainische Parlament während der gesamten Legislaturperiode (vier Jahre) unvollständig blieb. Um in einem Wahlkreis gewählt zu werden, braucht ein Kandidat jetzt nicht mehr die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (50% +1), sondern nur die relative Mehrheit im Vergleich zu seinen Rivalen. Die politischen Parteien und Wahlblöcke müssen 4% der Wählerstimmen erhalten, um ins Parlament einziehen zu können. Diese 4%-Hürde soll die kleineren Parteien, die im Alleingang keine Chance haben, veranlassen, Wahlkoalitionen zu bilden. Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen die einzelnen Kandidaten 2.000 und die politischen Parteien 200.000 Unterschriften sammeln. Das Gesetz sieht auch vor, daß sich ein Kandidat sowohl direkt wählen als auch auf die Parteiliste setzen lassen kann (Doppelnominierung), um so seine Chancen zu vergrößern.

Seit der Veröffentlichung des Wahlgesetzes in der Zeitung "Holos Ukrajiny", dem Organ der VR, am 25. Oktober 1997 galt die Wahlkampagne als eröffnet: Die Parteien und Wahlblöcke durften ihre Wahllisten zusammenstellen. Der Wahlmarathon startete aber inoffiziell schon im Frühjahr 1997, ein Jahr vor den Parlamentswahlen, was zur Belebung der Parteienlandschaft führte. Fast jeden Monat wurden neue Parteien und Parteienkoalitionen gebildet, die oft nur ein Ziel hatten: ins Parlament zu kommen. Deshalb waren sie häufig instabil. Im Herbst 1997 waren die zwei Wahlkampagnen (Parlaments- und Präsidentschaftswahlen) zu einer Kampagne verschmolzen, die bis zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 andauern dürfte. Die Wahlen zum Parlament wurden somit von allen beteiligten Parteien als erste Etappe, als die Generalprobe vor den Präsidentschaftswahlen, angesehen.

Vor den Wahlen erlebten die Parteien einen wahren Boom: Zahlreiche Parteitage wurden abgehalten, Kandidatenlisten aufgestellt, mögliche Koalitionspartner gesucht, Wahlprogramme abgestimmt, Strategie und Taktik neu festgelegt. Einige Parteien konnten ihre Mitgliederzahl

wesentlich erhöhen, wie z.B. die VOH. Fast alle machten sich auf die Suche nach populären und einflußreichen Namen: Nicht nur Politiker, sondern auch berühmte Sportler, Künstler, Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler kandidierten für Parteien oder Wahlblöcke (so z.B. der beste europäische Fußballspieler des Jahres 1975, Oleh Blochin, und der berühmte Opernsänger Dmytro Hnatjuk für die VOH; die "verdiente Schauspielerin der Sowjetunion", Ada Rohovceva, für den Wahlblock "Razom!"; eine andere "verdiente Schauspielerin", Valerija Zaklunna, und der Schriftsteller Borys Olijnyk für die KPU; der zweifache Olympiasieger 1972 in München, Valerij Borzov, und die Schriftsteller Ivan Drač, Leonid Tadjuk und Pavlo Movčan für die NRU. Die populäre Schlagersängerin Sofija Rotaru ließ sich für die prorussische PS aufstellen). Auch Neureiche ("neue Ukrainer") und geldschwere "Biznesmeny" (Geschäftsleute) konnten als Parteilose auf eine Wahlliste kommen. Die ehemaligen und amtierenden Spitzen- und Lokalpolitiker (Minister, Gouverneure, Bürgermeister usw.) wurden ebenfalls umworben. Viele Parteien schmückten ihre Wahllisten mit prominenten Politikern, die ihrerseits durch die zulässige Doppelnominierung eine zusätzliche Absicherung für sich suchten. So wurden die Wahllisten nicht nur der Wahlblöcke, sondern auch der Parteien von Namen der parteilosen Prominenz angeführt (Z.B. stand Wirtschaftsminister Viktor Suslov auf der Wahlliste des Blocks "ZPNU" oder Außenminister Hennadij Udovenko auf der Wahlliste der NRU). Zwei Parteien wurden durch prominente "Ehemalige" schlagartig zu Favoriten des Wahlkampfes: Mit dem Beitritt von Ex-Premierminister Lazarenko zur VOH und seiner Wahl zum Vorsitzenden tauchte diese Partei praktisch aus dem Nichts auf. Zu Zugpferden der SDPU(o) wurden Ex-Präsident der Ukraine Kravčuk und Ex-Premierminister Marčuk, der seine Kandidatur für das Präsidentenamt angemeldet hat.

Da die politischen Prozesse in der Ukraine in einem hohen Grad personifiziert sind, ging es vor den Wahlen weniger um Inhalte, sondern um persönliche Rivalitäten. Die Parteien in der Ukraine unterscheiden sich nicht nur durch ihre Orientierung (Rechte, Linke, prorussisch, prowestlich), sondern in erster Linie durch ihr Verhältnis zum Präsidenten (pro- oder antipräsidentisch). Jeder prominente ukrainische Politiker hat "seine" Partei. Die Parteien werden nicht nach ideologischen Prinzipien, sondern nach dem Prinzip der persönlichen Treue gegründet und spalten sich danach. Präsident Kučma, der lange ohne "eigene" Partei auskommen und deshalb lavieren mußte, konnte sich auf die NDPU stützen, der auch Premierminister Pustovojtenko angehört. Der ehemalige Parlamentsvorsitzende Moroz ist gleichzeitig Führer der SPU. Ex-Premier Lazarenko ist nun Chef der VOH, die sich als sozialdemokratisch bezeichnet und radikal antipräsidentische Positionen bezieht. Der prominente Reformer und Ex-Vizepremier Pynzenyk zog mit der PRP in den Wahlkampf. Auch die Präsidentschaftswahlen 1999 werden in erster Linie personenbezogen sein; die politischen Inhalte drohen immer mehr in den Hintergrund zu geraten.

Die Zentrale Wahlkommission (CVK), die am 12. November 1997 vom Parlament eingesetzt wurde, eröffnete am 14. November 1997 offiziell die Wahlkampagne. Das Gesetz "Über die CVK", das ihre Tätigkeit und Befugnisse definiert, wurde infolge des Vetos des Präsidenten

und der Überarbeitung durch das Parlament erst am 17. Dezember 1997 von Kučma unterzeichnet und in Kraft gesetzt.¹ Die CVK mußte aufgrund des neuen Gesetzes die Wahlkreise halbieren: Aus den 450, die bei den vorherigen Parlamentswahlen existiert hatten, wurden 225 mit durchschnittlich 171.000 Wählern pro Wahlkreis. Die Differenz betrug plus-minus 10 Prozent: Der kleinste Wahlkreis zählte 153.500, der größte 188.000 Wähler.² Im ganzen Land wurden 32.500 Wahllokale eingerichtet.

Von mehr als 50 politischen Parteien und Vereinigungen hatten 32 politische Parteien und Wahlblöcke bis zum 19. Dezember 1997 (100 Tage vor dem Wahltermin) ihre Wahllisten bei der CVK eingereicht, die aus 13 Mitgliedern bestand und von Mychajlo Rjabec' geleitet wurde. Sie ließ 30 (21 Parteien und 9 Wahlblöcke) zu, die 200.000 Unterschriften (darunter nicht weniger als jeweils 10.000 Unterschriften aus 14 administrativen Einheiten der Ukraine) vorlegen konnten. Zwei Parteien, die "Frauen der Ukraine" ("ŽU") und die Partei der Nationalen Rettung (PNV), wurden nicht zugelassen, weil sie beim Unterschriftensammeln gegen das Gesetz verstoßen haben sollen. Jede zur Registrierung zugelassene Partei mußte eine Geldsumme (1.000 Mindesteinkommen bzw. 17.000 Hryvna) als Pfand auf das Konto der CVK überweisen.

Die Kandidatenlisten wurden in der Zeitung "Holos Ukrajiny" von Dezember 1997 bis Januar 1998, die Wahlprogramme in "Holos Ukrajiny", der Zeitung der VR, und in dem Regierungsblatt "Urjadovyj kurjer" von Februar bis März 1998 veröffentlicht. Außerdem bekamen die Parteien und Wahlblöcke das Recht, sich im Fernsehen und Radio zu präsentieren. Die Auftrittstermine für die Vorstellung des Wahlprogramms im Ersten Programm des Ukrainischen Fernsehens und Radios wurden per Los vergeben. Ebenfalls per Auslosung wurde die Reihenfolge der Parteien auf der Wahlliste bestimmt. Auf dem Wahlzettel der Parteien und Wahlblöcke standen die Namen der ersten fünf Kandidaten mit Angabe von Geburtsjahr, Parteizugehörigkeit und Arbeitsplatz. Die stärksten Parteien präsentierten auch die größten Kandidatenlisten: Nur zwei Parteien (KPU und VOH) stellten die Wahllisten mit 225 Kandidaten auf. Die NRU hatte 224, der Wahlblock der PP-LPU "Razom!" 219, der Wahlblock SPU-SelPU 201, die NDPU 189 und die SDPU(o) 185 Kandidaten.

Da die Finanzierung des Wahlkampfes nicht einheitlich geregelt war, wiesen die Wahletats der Parteien sehr große Unterschiede auf. Diejenigen, die durch Spenden von Banken und Unternehmen finanziert wurden, konnten über erhebliche Finanzmittel verfügen. Mit großem Abstand führte die "Partei der Macht", die NDPU, die fast 2 Mio. Hryvna (damals ca. 1 Mio. US-\$) für den Wahlkampf ausgab. Auch die PZU, die PNERU, die SDPU(o), PRVU sowie die Wahlblöcke "Razom!" und "NEP" wurden von Unternehmern finanziell stark gefördert. Die Parteien hingegen, die ihre Kampagne fast ausschließlich aus der Parteikasse oder durch Spenden der Bürger finanzierten, standen am schlechtesten da (z.B. die Wahlblöcke "NF" und "MS"). Von Chancengleichheit konnte daher keine Rede sein. Obwohl die meisten Parteien

¹ Holos Ukrajiny, 10.1.1998, S. 3-5

² Holos Ukrajiny, 29.11.1997, S. 3-6

ihre Wahlkampffinanzierung offengelegt hatten, muß die Richtigkeit der Zahlen angezweifelt werden, denn diese Seite des Wahlkampfes bleibt die heikelste. Nach ihren Angaben betrugen die Ausgaben in der Wahlkampagne (aufgerundet, in Hryvna, Art der Finanzierung):³

VOH	ca.	190.000	(nur Parteikasse)
SDPU	ca.	5.500	(nur Parteikasse)
"VU"	ca.	35.000	(überwiegend aus der Parteikasse)
"Razom!"	ca.	705.000	(nur durch Spenden von Unternehmen und Banken)
PNERU	ca.	700.000	(nur durch Spenden von Unternehmen und Banken)
SDPU(o)	ca.	530.000	(nur durch Spenden von Unternehmen und Banken)
PDESP	ca.	3.700	(nur durch Spenden von Unternehmen und Banken)
VPŽI	ca.	28.000	(nur durch Spenden von Unternehmen und Banken)
PZU	ca.	1.128.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
NDPU	ca.	1.915.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
"TU"	ca.	405.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
PRVU	ca.	790.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
VPT	ca.	56.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
APU	ca.	125.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
"NEP"	ca.	740.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
CDPU	ca.	217.000	(fast ausschließlich durch Firmen und Banken finanziert)
"SLOn"	ca.	130.000	(größtenteils durch Spenden von Bürgern)
"ZPNU"	ca.	107.000	(größtenteils durch Spenden von Bürgern)
KPU	ca.	25.000	(größtenteils durch Spenden von Bürgern)
UNA	ca.	30.000	(größtenteils durch Spenden von Bürgern)
"NF"	ca.	7.400	(nur durch Spenden von Bürgern)
"MS"	ca.	728	(nur durch Spenden von Bürgern).

Die Parteien PMU, NRU, PS, PSPU, RCP, PZV, PRP und der Block "EVU" hatten keine Angaben über die Finanzierung ihrer Wahlkampagne gemacht.

³ Urjadovyj kurjer, 26.3.1998, S. 4-6

Im Wahlkampf kam den Medien eine große Rolle zu. Die Zeitungen und Fernsehsender brachten Werbespots, die von PR-Firmen vorbereitet worden waren. Besonders professionell war die Wahlkampagne der PZU, des Blocks "Razom!", der SDPU(o) und der NDPU aufgezogen. Theoretisch konnte jede Partei je nach ihren Geldmitteln zusätzliche Werbezeit im Staatsfernsehen kaufen. Freilich konnten sich die reicheren Parteien mehr Werbezeit leisten als die ärmeren. Bei der Ausstrahlung der Werbespots spielte das Geld aber eine untergeordnete Rolle. Ausschlaggebend für den Erhalt der besten Sendezeit war jedoch die Loyalität zum Präsidenten. Deshalb hatten so starke Parteien wie KPU oder VOH kaum Möglichkeiten, sich im Staatsfernsehen zu präsentieren. So fiel unabhängigen Beobachtern die deutliche Benachteiligung einiger Parteien bei gleichzeitiger Bevorzugung anderer (NDPU, APU) unangenehm auf. Vom 15. bis zum 28. März 1998, also in der "heißen Phase" des Wahlkampfs, wurden z.B. vom staatlichen Fernsehen und Radio Werbespots folgender Parteien ausgestrahlt: SDPU(o) 4 Stunden 03 Minuten und 22 Sekunden, NDPU 2:29:53, PZU 1:23:47, NRU 1:20:19. Die antipräsidentische PSPU hatte nur 3 Minuten und 53 Sekunden Sendezeit bekommen, die KPU 1 Minute und 42 Sekunden und die reiche VOH sogar nur 1 Minute und 32 Sekunden.⁴

Im Unterschied zu den vom Staat dominierten Fernsehen und Rundfunk, die sich auf die Seite der Regierungsparteien geschlagen hatten, sah die Presselandschaft wesentlich bunter aus. Je näher aber der Wahltermin heranrückte, desto mehr Druck erfuhren die regierungsunabhängigen Zeitungen seitens der Machtorgane. Mitten im Wahlkampf mußten zwei dem schärfsten Widersacher des Präsidenten, dem Ex-Premier Lazarenko, nahestehende russischsprachige Zeitungen ihr Erscheinen einstellen: Im Januar 1998 wurde "Pravda Ukrainy" (vormals Organ des ZK der KPU) vom Informationsministerium geschlossen, zwei Monate später wurde die "Vseukrainskie vedomosti" durch ein Gerichtsurteil in den Ruin getrieben.

Da die meisten Zeitungen längst privatisiert sind, zog jede Redaktion für "ihre" Partei ins Feld. Zwar waren einige zentrale Zeitungen von den größten und reichsten Parteien aufgekauft worden, lokale und Parteiblätter konnten aber fast ungehindert ihre Vielfalt entfalten. In einer kurzen Übersicht der wichtigsten Printmedien, die in den Wahlkampf einbezogen waren, sollen ihre politischen Präferenzen deutlich gemacht werden. Die wichtigsten in Kiev erscheinenden ukrainischsprachigen Zeitungen sind:

"Holos Ukrainy" [Stimme der Ukraine]: erscheint seit 1. Januar 1991 fünfmal pro Woche außer sonntags und montags, Auflage 254.635 in ukrainisch und in russisch; Gründer und Herausgeber: die Verchovna Rada der Ukraine. Obwohl offizielles Organ des Parlaments, stand sein Chefredakteur auf der Wahlliste der Partei "Hromada".

"Urjadovyj kurjer" [Regierungskurier]: erscheint seit 1990 dienstags, donnerstags und samstags; Auflage 146.765; Gründer: das Ministerkabinett der Ukraine; Zeitung der staatlichen Exekutivorgane.

⁴ Polityčnyj portret Ukrajinj, 21, 1998, S. 66

"Polityka" [Politik]: erscheint seit 1996, Auflage unbekannt; Gründer und Herausgeber: Geschlossene Aktiengesellschaft "Die Redaktion der Zeitung 'Polityka'"; nach anfänglicher Unterstützung des Präsidenten steht sie nun auf der Gegenseite.

"Čas-time" [Zeit-Time]: erscheint seit 1994, Auflage 30.750; Gründer und Herausgeber: die Internationale Presse-Vereinigung Vasyl' Symonenko und Internationale Gemeinnützige Stiftung Volodymyr Vynnyčenko; national-demokratisch orientiert.

"Ukrajins'ka hazeta" [Ukrainische Zeitung]: erscheint seit 5. März 1993 zweimal monatlich, Auflage unbekannt; Herausgeber: Allukrainischer Fonds zur Förderung von internationalen Beziehungen "Ukrainische Volksbotschaft" und die AG "Korporation ROS"; national-demokratisch orientiert.

"Sil's'ki visti" [Ländliche Nachrichten]: linksorientiert, unterstützt die SPU und SelPU.

"Robitnyča hazeta" [Arbeiterzeitung]: wird vom Ministerkabinett herausgegeben und aus dem Staatsbudget finanziert.

"Tovaryš" [Genosse]: Zeitung der SPU.

"Komunist" [Kommunist]: Organ der KPU.

"Ukrajina moloda" [Junge Ukraine]: unterstützt den Präsidenten Kučma.

"Molod' Ukrainy" [Jugend der Ukraine]: bezieht zentristische Positionen.

"Večirnyj Kyjiv" [Abendliches Kiev]: rechtszentristisch gerichtet.

"Demokratyčna Ukrajina" [Demokratische Ukraine]: steht Lazarenko und "Hromada" nahe.

Zu den in Kiev erscheinenden russischsprachigen Zeitungen in der Ukraine gehören:

"Zerkalo nedeli" [Wochenspiegel]: erscheint seit 1995 wöchentlich, Auflage 37.400; Gründer: "Zerkalo nedeli"-GmbH mit ausländischer Beteiligung (97% der Aktien gehören einem US-Bürger, 3% der Familie Mostovoj); unterstützt den Ex-Premier Jevhen Marčuk.

"Nezavisimost'" [Unabhängigkeit]: erscheint seit 1938 viermal pro Woche, Auflage unbekannt; Gründer und Herausgeber: die Redaktion der Zeitung; unterstützt den Präsidenten Leonid Kučma.

"Pravda Ukrainy" [Wahrheit der Ukraine]: erscheint seit 1. Januar 1938 täglich, Auflage 540.305; Gründer: die "Basisorganisation des Schriftstellerverbands der Ukraine in der Redaktion der Zeitung"; unterstützt seit Mitte 1997 den Ex-Premier Pavlo Lazarenko und seine Partei "Hromada"; seit Ende Januar 1998 verboten.

"Vseukrainskie vedomosti" [Allukrainische Nachrichten]: erscheint seit März 1994 fünfmal pro Woche, Auflage 72.200; Gründer und Herausgeber: Zeitungskonzern "Vseukrainskie vedomosti"; unterstützt seit September 1997 den Ex-Premier Pavlo Lazarenko und seine Partei "Hromada"; hat seit Ende März 1998 ihr Erscheinen eingestellt.

"Kievskie vedomosti" [Kiever Nachrichten]: erscheint seit Juli 1992 sechsmal wöchentlich, Auflage 140.449 in russisch, 44.948 in ukrainisch; Gründer und Herausgeber: Geschlossene Aktiengesellschaft "Verlag 'Kievskie vedomosti'"; steht in Opposition zum Präsidenten Kučma und seiner Regierung; unterstützt indirekt "Hromada".

"Den" [Der Tag]: erscheint täglich seit September 1996, Auflage 44.035 in russisch und in ukrainisch; Gründer und Herausgeber: Geschlossene Aktiengesellschaft "Ukrainische Presse-Gruppe"; steht dem Ex-Premier Marčuk nahe.

"Fakty" [Fakten]: unterstützt die Politik Kučmas.

"Kievskie novosti" [Kiever Neuigkeiten]: unterstützt ebenfalls Kučma.

2. Die zur Wahl angetretenen Parteien und Wahlblöcke

Die Linken

1. *KPU – Komunistyčna partija Ukrajiny (Kommunistische Partei der Ukraine, Vorsitzender: Petro Symonenko)*

Im Oktober 1997 fand der III. (XXXI.) Parteitag statt, der die Parteiplattform vor den Parlamentswahlen ausarbeitete und beschloß, keine Koalition einzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für die Präsidentschaftswahlen 1999 will die KPU einen gemeinsamen Kandidaten der Linken präsentieren. Die Liste mit 225 Kandidaten, die überwiegend aus der Ostukraine kamen, führte der KPU-Vorsitzende Symonenko an. Auf Platz vier stand Schriftsteller Borys Olijnyk, der im vorigen Parlament das Komitee für Außenpolitik und Beziehungen zur GUS leitete. Die anderen Spitzenplätze belegten Vertreter der Arbeiter und Kolchosbauern sowie der Intelligenz, aber auch zahlreiche Parteifunktionäre.

2. *Wahlblock "ZPNU" – "Za pravdu, za narod, za Ukrajinu!" ("Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!") der SPU – Socialistyčna partija Ukrajiny (Sozialistische Partei der Ukraine, Oleksandr Moroz) und der SelPU – Seljans'ka partija Ukrajiny (Bauernpartei der Ukraine, Serhij Dovhan')*

Auf dem VI. Parteitag der SPU wurden Anfang November 1997 die Wahlplattform der Partei und Wahlliste des Blocks SPU-SelPU bestimmt. Moroz begründete die Notwendigkeit eines Machtwechsels mit dem Argument, daß die Exekutive nicht fähig sei, die Krise in der Ukraine zu beenden. Die SPU bleibe eine sozialistische Partei, obwohl sie heute oft sozialdemokratisch handeln müßte. Das strategische Ziel sei der Aufbau des Sozialismus, der über eine "Volksdemokratische Republik" erfolgen solle. Eine solche Position der Partei sei kein Verrat am Sozialismus, sondern ein taktischer Schritt, um eine möglichst breite Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen. Das taktische Ziel der Partei war die Bildung eines starken linken Blocks zusammen mit den Kommunisten, der Bauernpartei und anderen linken Kräften. Neben dem SPU-Führer und Parlamentsvorsitzenden Moroz und dem SelPU-Vorsitzenden Dovhan' standen auf der Blockliste mit 201 Namen u.a. der parteilose damalige Wirtschaftsminister der Ukraine, Viktor Suslov, der damalige Fraktionsvorsitzende der SPU-SelPU im Parlament, Ivan Čyž, und der parteilose stellvertretende Chefredakteur der Zeitung "Sil'ski visti", Ivan Bokyj.

3. *PSPU – Prohresyvnna socialistyčna partija Ukrajiny (Progressive Sozialistische Partei der Ukraine, Natalija Vitrenko)*

Auf dem Wahlprogramm der PSPU standen die Forderungen nach Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen, nach Anerkennung von Rußland und Belarus als "strategische Partner" sowie nach Kündigung der Charta "über die besondere Partnerschaft" mit der NATO. Die Partei trat für die Arbeiterkontrolle in den Betrieben ein und wollte die radikale Änderung der sozio-ökonomischen Basis auf dem verfassungskonformen Weg erreichen. Die Wahlliste der Partei umfaßte 83 Namen und wurde vom Duo Vitrenko-Marčenko angeführt. Unter den Kandidaten waren auch Vertreter der kleinen, vom Justizministerium offiziell nicht registrierten Parteien, der Arbeiterpartei der Ukraine (RP) und der Partei der Rentner der Ukraine (PPU).

Das linke Zentrum

4. *Wahlblock "TU" – "Trudova Ukrajina" ("Werk tätige Ukraine") der UPS – Ukrajins'ka partija spravedlyvosti (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit, Serhij Červonopys'kyj) und des HKU – Hromadjans'kyj konhres Ukrajiny (Bürgerkongreß der Ukraine, Oleksandr Bazyljuk)*

Vor den Parlamentswahlen beabsichtigte der HKU zunächst, einen Block mit der UPSSS und der PSEU zu bilden, also mit Parteien, die prorussisch orientiert sind. Da aber die PSEU wegen der Spaltung zur Wahl gar nicht erst zugelassen wurde und die UPSSS sich als Partner zu schwach erwies, ging der HKU ein Wahlbündnis mit der UPS ein. Die Bildung des Wahlblocks "TU" initiierte die UPS zusammen mit dem "Bund Čornobyl" und einigen Veteranenverbänden im Oktober 1997. Der Wahlblock trat für die Beibehaltung der Kollektivwirtschaft auf dem Lande (Kolchosen), für die Anerkennung der russischen Sprache als Amtssprache sowie für den Beitritt der Ukraine zum gemeinsamen Verteidigungssystem der GUS ein. Auf der Wahlliste des Blocks standen unter den 117 Kandidaten neben den beiden Parteivorsitzenden Ivan Herasymov, Vorsitzender des Veteranenverbandes der Ukraine, Jurij Andrjejev, Präsident des "Bundes Čornobyl", Viktor Deržak, Vorsitzender der Bergbaugewerkschaft, Oleksandr Omel'čenko, Bürgermeister der Stadt Kiev, Serhij Osyka, der Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel, und Andrij Derkač, der damalige erste Berater des Premierministers.

5. *PDESP – Partija duchovnoho, ekonomičnoho i social'noho prohresu (Partei des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, Ivan Burdak)*

Programmatische Ziele der Partei waren: Gewährleistung des Rechts auf Arbeit und soziale Absicherung für alle Bevölkerungsschichten sowie die Einführung des Russischen als Amtssprache. Die Partei befürwortet die Blockfreiheit der Ukraine und mißt den Beziehungen zu Rußland und Belarus die höchste Priorität bei. Sie tritt gegen die NATO-Osterweiterung und den möglichen Beitritt der Ukraine zur NATO ein. Im Wahlkampf blieb sie von Anfang an Außenseiterin, ohne jegliche Chance auf Erfolg. Auf der Parteiliste standen 60 Kandidaten mit dem PDESP-Vorsitzenden an der Spitze.

6. *VPT – Vseukrajins'ka partija trudjaščych (Allukrainische Partei der Werktätigen, Leonid Vernyhora)*

Das Wahlprogramm der Partei unterschied sich kaum von den Forderungen der Gewerkschaften und setzte weniger politische, um so mehr soziale Ziele. Das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung sowie kostenlose Bildung und Gesundheitswesen standen dabei ganz oben auf dem Programm. Auf der Wahlliste der VPT mit 83 Namen, die auf dem Parteitag im Oktober 1997 verabschiedet wurde, standen mehrheitlich Gewerkschaftsfunktionäre: Oleksandr Stojan, Vorsitzender der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine, der VPT-Vorsitzende Vernyhora, die Vorsitzenden der Gewerkschaften für Bergbau und Metallurgie, der Seeleute, der Wissenschaftler und Kulturarbeiter, der Energiewirtschaft, der Mitarbeiter des agrar-industriellen Komplexes usw.

7. *PS – Partija "Sojuz" (Partei "Union", Svitlana Savčenko)*

Die Partei vertritt die Idee der Wiederherstellung der "brüderlichen" Beziehungen zu Rußland und befürwortet den Beitritt der Ukraine zum Staatenbund Rußland-Belarus. Als Partei, die für die "Re-Integration" plädiert, kritisierte sie im Wahlprogramm die der Gesellschaft "aufgezwungene nationalistische Ideologie" scharf. Weitere Programmziele der PS waren die Anerkennung der Russen in der Ukraine als staatsbildende Nation und die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache. Auf der Wahlliste standen 30 Kandidaten, von denen 20 aus der Autonomen Republik Krim (ARK), sechs aus Kiev, zwei aus Charkiv und zwei aus Dnipropetrovs'k kamen.

Das Zentrum

8. *NDPU – Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny (Volksdemokratische Partei der Ukraine, Anatolij Matvijenko)*

Auf dem Parteitag im Herbst 1997 wurde die Wahlliste mit 189 Namen von prominenten Politikern verabschiedet. Wie erwartet, wurde Premierminister Pustovojtenko auf Platz eins der Liste der NDPU, die als "Partei der Macht" bezeichnet wird, gesetzt. Ihm folgten der Parteivorsitzende und Gouverneur im Gebiet Vinnycja, Matvijenko, der Ex-Parlamentsvorsitzende Ivan Pljušč, der Parlamentsabgeordnete Mychajlo Syrota, der Vorsitzende der ukrainischen Vereinigung von Industriellen und Unternehmern, Anatolij Kinach, der Gouverneur im Gebiet Charkiv, Oleh D'omin, der Minister ohne Portefeuille, Anatolij Tolstouchov, u.a. Das Wahlprogramm, das zehn Schritte umfaßte, versprach baldige Stabilisierung der Wirtschaftssituation und der Preise, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Löhne und Gehälter, stärkere Bekämpfung der Kriminalität usw.

9. *Wahlblock der PP – Partija praci (Partei der Arbeit, Valentyn Landyk) und der LPU – Liberal'na partija (Liberale Partei der Ukraine, Volodymyr Ščerban') – "Razom!" ("Zusammen!")*

Der Wahlblock "Razom!" wurde im Oktober 1997 gebildet. Neben den beiden Parteivorsitzenden standen auf der Blockliste (219 Kandidaten) der parteilose Ex-Chef der Präsidialadministration und damalige Präsidentenberater, Dmytro Tabačnyk, und die "verdiente Schauspielerin der Sowjetunion", Ada Rohovceva. Die meisten Kandidaten des Blocks kamen aus den Hochburgen der beiden Parteien im Osten der Ukraine.

10. *SDPU(o) – Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednana) (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine, Vasyl' Onopenko)*

Die SDPU(o), die zur "dritten Macht" werden will, hat sich zur Nachfolgerin der ukrainischen Sozialdemokratie der Jahre 1917-1920 erklärt und vertritt sozialdemokratische Positionen westlicher Prägung. Auf dem XII. Parteitag im Dezember 1997 wurde die Wahlliste der Partei gebilligt und ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung bestätigt. Auf der SDPU(o)-Liste mit 185 Namen standen neben dem Ex-Präsidenten der Ukraine, Leonid Kravčuk, der im Januar 1998 der Partei beigetreten war, und dem parteilosen Ex-Premierminister des Landes, Jevhen Marčuk, der damalige Parteivorsitzende Onopenko, der Präsident des Anwaltverbands der Ukraine, Viktor Medvedčuk, und der Präsident des Sportclubs "Dynamo Kiev", Hryhorij Surkis, sowie andere Geschäftsleute.

11. *SDPU – Social-demokratyčna partija Ukrajiny (Sozialdemokratische Partei der Ukraine, Jurij Buzdugan)*

Die SDPU, die sich als demokratische Opposition versteht, arbeitete auf ihrem Parteitag Anfang November 1997 ihre Wahltaktik aus. Sie beschloß, mit keiner anderen Partei zu koalieren, sondern mit Einzelgewerkschaften zusammenzugehen. Auf der Wahlliste der SDPU, die 127 Namen umfaßte, waren drei Vorsitzende von Gewerkschaften – der Maschinenbauer, der Schiffsbauer und der Radioelektroindustrie – unter den ersten sechs Kandidaten. "Echt sozial und echt demokratisch ist nur unsere Partei", erklärte der SDPU-Vorsitzende Buzdugan, der die Wahlliste der Partei anführte. "Alle anderen, die sich so nennen, sind entweder postkommunistisch oder Clanparteien."⁵

12. *Wahlblock "SLOn" – "Social'no-liberal'ne objednannja" ("Sozial-Liberale Vereinigung") des MBR – Mižrehional'nyj blok reform (Interregionaler Reformblock, Volodymyr Hryn'ov) und der UKDP – Ukrajins'ka konstitucijno-demokratyčna partija (Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei, Volodymyr Zolotor'ov)*

Der zentristische Wahlblock "SLOn" wurde im Juli 1997 vom MBR und der UKDP sowie vom "Club der Intelligenz" mit dem ehemaligen Dissidenten Malynkovyč an der Spitze gebildet. Das "Triumvirat der drei Volodymyrs" existierte nicht lange: Einige Monate später, im November 1997, verließ Malynkovyč "SLOn" aus Protest gegen die "Manipulation mit der Blockwahlliste". Die Bildung des Blocks führte nicht zur gemeinsamen Taktik der Parteien: der MBR-Führer Hryn'ov, der auch Präsidentenberater in Fragen der Regionalpolitik ist, unterzeichnete das "Memorandum der 9", in dem die zentristischen politischen Parteien eine Koordinierung der Wahlstrategie vereinbarten. Der UKDP-Vorsitzende Zolotor'ov und Malynkovyč als Vertreter von "SLOn" verweigerten ihre Unterschrift. Im Wahlprogramm plädierte der Block gegen die "politische Teilung des eines Volkes in die sogenannte Titularnation und "nationale Minderheiten". Unter der Losung "Zwei Sprachen – ein Volk" trat "SLOn" für die Anerkennung des Russischen als Amtssprache in der Ukraine ein. Weitere Programmpunkte waren der föderalistische Staatsaufbau und die Regionalisierung der

⁵ Kievskie vedomosti, 2.12.1997, S. 4

Wirtschaft. Die europäische Wahl der Ukraine sei nur unter der Bedingung einer "strategischen Partnerschaft mit Rußland" möglich.⁶ Zum Zeitpunkt der Wahlen präsentierte sich der Block zerstritten und geschwächt. Auf seiner Wahlliste standen neben den beiden Parteivorsitzenden der Berater des Premierministers, Mychajlo Umanec (Nummer vier), der Vize-Gouverneur im Gebiet Vinnycja, Tymofij Motrenko (Nummer sechs), Generalleutnant Dmytro Rudkovs'kyj (Nummer sieben) und der Dnipropetrovs'ker Politiker und Geschäftsmann, Hennadij Balašov (Nummer neun).

⁶ Pravo vyboru: polityčni partii ta vyborči bloky, Kiev 1998, S. 82

13. Wahlblock "EVU" – "Evropejs'kyj vybir Ukrajiny" ("Europäische Wahl der Ukraine") der LDPU – Liberal'no-demokratična partija Ukrajiny (Liberal-Demokratische Partei der Ukraine, Andrij Koval') und der USDP – Ukrajins'ka seljans'ka demokratična partija (Ukrainische Demokratische Bauernpartei, Viktor Prysjažnjuk)

Beide Parteien, die diesen Block bildeten, traten trotz ihrer langjähriger Existenz kaum in Erscheinung: Die LDPU mußte sich immer wieder wegen ihres Namens von der LDPR von Žirinovskij distanzieren. Nach dem Austritt aus der Vereinigung "Neue Ukraine" war sie auf der Suche nach neuen Partnern, die für Marktwirtschaft und Wiedergeburt der Mittelschicht eintreten. Der Wahlkampf belebte die Parteien: An die Führung kamen im Herbst 1997 neue Kräfte, die auch eine neue Wahlstrategie entwarfen und die Bildung eines Wahlblocks ermöglichten. Parteichef der LDPU ist Andrij Koval'; die USDP wird vom Chefredakteur der Zeitung "Naš čas" ("Unsere Zeit"), Viktor Prysjažnjuk, geführt. Auf der Wahlliste des Blocks "EVU" standen 81 Kandidaten. Seine Devise lautete "Nicht links, nicht rechts, nur vorwärts!", seine Hymne war das Lied der "Rolling Stones" "Satisfaction".⁷

14. PNERU – Partija nacional'no-ekonomičnoho rozvytku Ukrajiny (Partei der national-wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine, Valentyna Nakonečna)

Von 53 Kandidaten auf der PNERU-Liste waren 14 Mitarbeiter der "Prominvestbank" mit dem Leiter der Bank, Volodymyr Matvijenko, an der Spitze. Unter den Kandidaten waren 3 weitere Bankiers von anderen Geldinstituten, 5 Minister und stellvertretende Minister (z.B. der Transportminister Valerij Čerep), der Vorsitzende des Höchsten Arbitragegerichts der Ukraine, Dmytro Prytyka, einige Direktoren von Staatsbetrieben (wie z.B. der Generaldirektor der Panzerfabrik "Malyšev" in Charkiv, Hryhorij Maljuk, der gleichzeitig stellvertretender Minister für Wirtschaftspolitik ist, und der Generaldirektor des Metallurgischen Kombinati in Kryvyj Rih, Volodymyr Severnjuk) sowie viele Geschäftsleute. Die PNERU-Vorsitzende Nakonečna, die ebenfalls bei der "Prominvestbank" ist, belegte Platz sieben der Wahlliste.

15. APU – Ahrarna partija Ukrajiny (Agrarpartei der Ukraine, Katerina Vaščuk)

Auf der APU-Wahlliste mit 188 Kandidaten standen viele Vertreter der lokalen Machtorgane (sowohl der Exekutive als auch der Legislative), z.B. der Gouverneur von Odesa, Ruslan Bodelan, der Vorsitzende der Gebietsrada in L'viv, Orest Furdyčko, der Premierminister der ARK, Anatolij Frančuk, der Gouverneur von Rivne, Mykola Soroka, der Gouverneur von Žytomyr, Anton Malinovs'kyj, mehrere stellvertretende Minister und Gouverneure sowie viele Direktoren von Landwirtschaftsbetrieben.

16. PZU – Partija Zelenych Ukrajiny (Partei der Grünen der Ukraine, Vitalij Kononov)

Das Wahlprogramm der Grünen wurde Mitte Oktober auf dem VI. Parteitag angenommen. Die PZU erklärte sich zur Partei der "Volkskontrolle", die dafür sorgen wollte, daß sich die Gesetze nicht gegen Mensch und Natur richten. "Wir kämpfen nicht um die Macht, wir

⁷ Kievskie vedomosti, 18.11.1997, S. 4

werden die Interessen der Menschen im Parlament verteidigen".⁸ Es wurde beschlossen, die Wahlen im Alleingang zu bestreiten. Wie der wiedergewählte PZU-Vorsitzende Kononov erklärte: "Wie haben keine Feinde, aber auch keine Verbündeten."⁹ Auf der Wahlliste der PZU mit 77 Namen standen auf den ersten fünf Plätzen nur Parteimitglieder, darunter auch Geschäftsleute wie z.B. Oleh Ševčuk, Kommerz-Direktor von "Ukrtelekom", oder Vasyl' Chmel'nyc'kyj, GmbH "Real-Grup". Auf Platz fünf der Parteiliste war Jurij Samojlenko aufgeführt, der Chef der Assoziation "Zelenyj svit" ("Grüne Welt").

17. PRP – Partija "Reformy i porjadok" (Partei "Reformen und Ordnung", Viktor Pynzenyk)

Die reformorientierte Partei, die von einem Teil der ukrainischen Intelligenz unterstützt wurde, gestaltete ihr Wahlprogramm als "Vertrag zwischen der PRP und den Bürgern der Ukraine" und verpflichtete sich im Fall eines Wahlsiegs, "wirkliche sozial-ökonomische, politische und rechtliche Reformen" durchzuführen. Nach der Rückkehr Omel'čenkos zum Block "VU" standen auf den ersten fünf Plätzen der Wahlliste von insgesamt 191 Kandidaten Pynzenyk, der Ex-Generalstabschef Anatolij Lopata, der Bürgermeister von Mariupol' Požyvanov sowie die Parlamentsabgeordneten Serhij Ter'ochin und Serhij Soboljev.

18. PZV – Partija zachysnykiv Vitčizny (Partei der Vaterlandsverteidiger, Volodymyr Kolo-mijcev)

Die PZV betrachtet sich als zentristische Partei, die den "Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats mit sozial orientierter Marktwirtschaft" anstrebt. Die Wahlliste der Partei, die bei den Wahlen von Anfang an keine Chance hatte, im Alleingang die 4%-Hürde zu nehmen, umfaßte nur 43 Namen. Das Wahlprogramm der PZV enthielt wenig Konkretes und versprach den Wählern "Ordnung, Gesetzlichkeit und Verantwortlichkeit".

19. VOH – Vseukrajins'ke objednannja "Hromada" (Allukrainische Vereinigung "Gemeinschaft", Pavlo Lazarenko)

Die Wahlliste der Partei wurde auf dem IV. Außerordentlichen Parteitag gebilligt, der im Oktober 1997 stattfand. Unter den 225 Kandidaten der "Hromada" waren der Ex-Premierminister Lazarenko, der Bürgermeister der Stadt Vinnycja, Dmytro Dvorkis, die Premierministerin des "Schattenkabinetts", Julija Tymošenko, die Chefredakteure und Redakteure der zentralen Zeitungen "Holos Ukrajiny", "Kievskie vedomosti", "Pravda Ukrajiny", "XXI vek" sowie prominente Wissenschaftler, Hochschullehrer, Künstler und Sportler.

20. PMU – Partija musul'man Ukrajiny (Partei der Moslems der Ukraine, Rašyd Bragin)

Auf der Wahlliste der PMU, die mit 19 Kandidaten mit Abstand die kleinste war, standen nur Parteimitglieder (8 von ihnen kamen aus dem Gebiet Donec'k und 4 von der Krim).

⁸ Pravo vyboru: polityčni partii ta vyborči bloky, Kiev 1998, S. 40

⁹ Kievskie vedomosti, 15.11.1997, S. 4

21. *VPŽI – Vseukrajins'ka partija žinočych iniciatyv (Allukrainische Partei der Fraueninitiativen, Valentyna Dacenko)*

Die Wahlliste der VPŽI, die mit 27 Namen zu den kleineren gehörte, führte die Parteivorsitzende an. Die Parteizentrale befindet sich in Charkiv, nicht in Kiev, was für die starke regionale Verwurzelung der Partei spricht, die bei den Wahlen chancenlos war. Zwei Drittel der Kandidaten kamen lediglich aus drei Gebieten: 5 (einschließlich der Parteivorsitzenden) aus Charkiv, 8 aus Odesa und 6 aus Dnipropetros'k.

22. *Wahlblock "NEP" ("Narodovladdja, Ekonomika, Porjadok") – "Volksmacht, Wirtschaft, Ordnung" der DPU – Demokratična partija Ukrajiny (Demokratische Partei der Ukraine, Volodymyr Javorivs'kyj) und der PEV – Partija ekonomičnoho vidrodžennja (Partei der wirtschaftlichen Wiedergeburt, Volodymyr Ševjov)*

Im Wahlblock mit der DPU war die kleinere PEV auf ihren Partner angewiesen. Die DPU stellte auch die Mehrheit der gemeinsamen Kandidaten des Blocks. Auf der Wahlliste, die 172 Namen umfaßte, standen neben dem DPU-Vorsitzenden Javorivs'kyj der damalige Vorsitzende des Krim-Parlaments, Anatolij Hrycenko, Ex-Verteidigungsminister Vitalij Radec'kyj, der damalige Präsidentenberater Oleksandr Volkov und Ex-Premierminister Juchym Zvjahil's'kyj; sie alle waren parteilos.

23. *PRVU – Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajiny (Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine, Volodymyr Rybak)*

Die neue Partei war eine reine Wahlkampfvereinigung, die viele "Überläufer" aus den Parteien mit ähnlichem Programm vereinigte, z.B. Volodymyr Malynkovyč, den Mitbegründer des Wahlblocks "SLOn", oder Jurij Boldyrjev, ehemaliges Vorstandsmitglied des HKU. Die Wahlliste der PRVU bestand aus 104 Kandidaten. Die Partei trat in die Konkurrenz zum linkszentristischen Wahlblock "TU" und zum zentristischen "SLOn", die ebenfalls um die Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes kämpften.

Das rechte Zentrum

24. *CDPU – Chrystyjans'ko-demokratična partija Ukrajiny (Christlich-Demokratische Partei der Ukraine, Vitalij Žuravs'kyj)*

Die Wahlliste der CDPU, die der Vorsitzende Žuravs'kyj anführte, enthielt 100 Namen. Kurz vor den Wahlen kam es zu einem parteiinternen Eklat, als Ende Januar 1998 die Nummer zwei auf der Liste, der Parlamentsabgeordnete und Präsident der "Ukrainischen Finanzgruppe", Valerij Babyč, aus der Partei ausgeschlossen wurde "für Handlungen, die mit der christlichen Moral nicht vereinbar seien". Er soll angeblich 500.000 Hryvna von den Mitgliedsbeiträgen entwendet haben. Außerdem habe er versucht, "der Partei seinen Willen aufzuzwingen".¹⁰

¹⁰ Kievskie vedomosti, 24.1.1998, S. 5

25. Wahlblock "VU" – *"Vpered, Ukrajino!" ("Vorwärts, Ukraine!")* der UCDP – *Ukrajins'ka chrystyjans'ko-demokratyčna partija (Ukrainische Christlich-Demokratische Partei, Oleksandr Serhijenko)* und der CNS – *Chrystyjans'ko-narodnyj sojuz (Christliche Volksgenossenschaft, Halina Tkačenko)*

Der Wahlblock "VU" entstand im Oktober 1997 neu, als nur zwei Parteien, die CDPU und die CNS, die aus Teilen der nicht registrierten CDPU (Gruppe Stretovyč-Šyškin) hervorgegangen war, ein Abkommen unterschrieben und gemeinsame Wahllisten aufstellten. Dem Block schlossen sich außerdem mehrere Abgeordnete der Parlamentsgruppe "Reformen" an, die im Januar 1998 in "Vorwärts, Ukraine!" umbenannt wurde. Der Vize-Vorsitzende der Verchovna Rada, Viktor Musijaka, war der Führer des Wahlblocks und die Nummer eins der Blockliste. Ziel des "VU" war die Bildung einer "demokratischen Opposition gegen den vom Staat verfolgten Kurs". Die "Partei der Macht" würde versuchen, den Wählern eine falsche Alternative aufzuzwingen: entweder die jetzige Regierung oder die Kommunisten. Um solche "Wahlen ohne Wahl" zu vermeiden, würde der "VU" eine echte demokratische Alternative zu den jetzigen Machthabern darstellen.¹¹ Obwohl die UCDP und die CNS als Namensgeber des Blocks auftraten, mußten sie die ersten fünf Plätze auf der Wahlliste (insgesamt 151 Namen) renommierten, aber parteilosen Politikern wie Musijaka, Hryhorij Omel'čenko, dem damaligen Vorsitzenden des Parlamentskomitees zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption, Ex-Justizminister Serhij Holovatyj, dem damaligen Vorsitzenden des Parlamentskomitees für Gesetzgebung, Gerichts- und Rechtsreform, Volodymyr Stretovyč, und Ex-Generalstaatsanwalt Viktor Šyškin überlassen.

26. NRU – *Narodnyj Ruch Ukrajiny (Volksbewegung der Ukraine, Vjačeslav Čornovil)*

Das Wahlprogramm der NRU sah die wirtschaftliche, politische und militärische Integration der Ukraine in Europa sowie den Rückzug der ausländischen Streitkräfte vom Territorium des Landes vor. Im Oktober 1997 bestimmte der Parteitag der Ruch die Wahlliste. Neben dem Parteivorsitzenden Čornovil standen auf der Wahlliste zwei damalige Kabinettsmitglieder, der Außenminister Hennadij Udoenko und der Umweltminister Jurij Kostenko, sowie der Vorsitzende des "Kongresses der ukrainischen Intelligenz", Ivan Drač, der Gouverneur von Ternopil', Bohdan Bojko, der Vorsitzende des Medžlis des krimtatarischen Volkes, Mustafa Džemilev, der Vorsitzende der Vereinigung "Prosvita", Pavlo Movčan, der Vorsitzende des "Allukrainischen Veteranenverbandes", Ihor Juchnovs'kyj, der Schriftsteller Les' Tanjuk sowie einige prominente Sportler und Künstler. Die Partei ging zur Wahl unter dem Motto "Stimme für die Ruch, sonst verlierst du gegen die Kommunisten".

27. RCP – *Respublikans'ka chrystyjans'ka partija (Republikanische Christliche Partei, Mykola Porovs'kyj)*

Das Wahlprogramm der RCP stützt sich auf folgende Prinzipien: Vaterlandsliebe und Glaube an Gott sowie nationale und geistige Wiedergeburt des ukrainischen Volkes auf der Grundlage der christlichen Werte. Die Wahlliste der RCP mit 98 Kandidaten, die

¹¹ Nezavisimost', 4.4.1997, S. 3

überwiegend aus den westlichen Gebieten kamen, führten die Gründer der RCP, Mykola Porovs'kyj und Mychajlo Horyn', an.

Die Rechten (Nationalisten) und Ultra-Rechten

28. Wahlblock "NF" – "*Nacional'nyj front*" ("*Nationale Front*") der URP – *Ukrajins'ka respublikans'ka partija* (Ukrainische Republikanische Partei, Bohdan Jarošyns'kyj), der UKRP – *Ukrajins'ka konservatyvna respublikans'ka partija* (Ukrainische Konservative Republikanische Partei, Stepan Chmara) und des KUN – *Konhres ukrajins'kych nacionalistiv* (Kongreß der Ukrainischen Nationalisten, Jaroslava Stec'ko)

Anfang Januar 1997 wurde der Wahlblock "NF" aus drei rechten Parteien – dem KUN, der UKRP und der URP – gebildet. Ziele dieses Blocks waren: Festigung der ukrainischen Staatlichkeit und Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität. Der "NF" forderte den unverzüglichen Abzug aller rußländischen Streitkräfte vom ukrainischen Territorium und die Demarkation der Grenze zu Rußland sowie deren Kontrolle.¹² Die Parteien, die den "NF" bildeten, wollten ihre Identität bewahren und strebten keine Fusion an. Die Entstehung des rechten Blocks "NF", der in "harter und kompromißloser Opposition" zum Präsidenten und zur Regierung stand, war durch die Radikalisierung der stärksten der rechtsgerichteten Parteien, der URP, und ihre Annäherung an den KUN und an die UKRP möglich. An der Spitze der Wahlliste mit 181 Kandidaten stand der Ehrenvorsitzende der URP, Levko Lukjanenko, ihm folgten die Führer der drei den "NF" bildenden Parteien.

29. Wahlblock "MS" – "*Menše sliv*" ("*Weniger Worte*") der SNPU – *Social-nacional'na partija Ukrajiny* (Sozial-Nationale Partei der Ukraine, Jaroslav Andrušiv) und der DSU – *Deržavna samostijnist' Ukrajiny* (Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine, Roman Koval')

Das Wahlprogramm des Blocks, das ganz im Sinne des Blocknamens lapidar war und lediglich fünf Punkte aufwies, sah populistische Forderungen vor wie z.B.: die einmalige Wahl der Abgeordneten für nur eine Legislaturperiode, die Schaffung von Antikorruptionsgerichten, die Einführung einer Steuerobergrenze von 30% und den Konversionstopp. Die Wahlblockliste umfaßte 44 Kandidaten, von denen allein 29 aus dem Gebiet L'viv waren. Weitere sechs Kandidaten kamen ebenfalls aus der Westukraine.

30. UNA – *Ukrajins'ka nacional'na asambleja* (Ukrainische Nationale Versammlung, Oleh Vitovyč)

Die UNA stellte ihre Wahlliste, die mit nur 42 Namen zu den kleineren gehörte, auf dem außerordentlichen Parteitag im November 1997 zusammen. Die drei damaligen Parlamentsabgeordneten Vitovyč, Tyma und Iljasevyč nahmen die Plätze eins bis drei ein. Der außenpolitische Teil des UNA-Wahlprogramms sah die Bildung eines Staatenblocks vor, dessen Kristallisationszentrum die Ukraine sein sollte. Da die Ukraine nicht in das

¹² Vseukrainskie vedomosti, 10.1.1997, S. 3

traditionelle System des internationalen Gleichgewichts passe, dürfte sie nicht nach den Regeln der "Starken" spielen, sie müßte gegen diese Regeln spielen.¹³

3. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen und ihre Folgen für die Parteienlandschaft

Bei der Aufteilung der Wahlkreise im November 1997 ging die CVK davon aus, daß es laut Angaben des Staatskomitees für Statistik vom 1. Januar 1997 in der Ukraine fast 38,49 Mio. Einwohner über 18, also Wahlberechtigte, gibt.¹⁴ Die tatsächliche Anzahl der Wahlberechtigten fiel im März 1998 um fast eine Million geringer aus. Nach Angaben der CVK wurden 37,54 Mio. Wähler in die Wählerlisten eingetragen. Der drastische Rückgang der Wählerzahl läßt sich mit dem negativen Bevölkerungszuwachs und der hohen Sterblichkeitsrate allein nicht ausreichend erklären und bleibt ein Rätsel der ukrainischen Statistik.

Die Ergebnisse der Wahlen über Parteilisten wurden von der CVK in Kiev am 7. April 1998 bekanntgegeben.¹⁵ Von den 37,54 Mio. Wahlberechtigten haben 26,73 Mio. Wahlzettel erhalten. An den Wahlen nahmen 26,57 Mio. teil. Im Landesdurchschnitt sind das 70,78% (vor vier Jahren lag die Wahlbeteiligung bei etwa 75%). Die Zahl der ungültigen Wahlzettel betrug 0,82 Mio. (3,10%). 1,39 Mio. Wähler (oder 5,25% der Wahlbeteiligten) stimmten gegen alle Parteien. Für alle 30 zur Wahl angetretenen Parteien und Wahlblöcke zusammen stimmten 24,35 Mio. Wähler (oder 91,65%). Die Wahlquote (Zahl der Wählerstimmen, die für ein Abgeordnetenmandat nötig sind) lag bei 77.695 Stimmen.

Lediglich 7 Parteien und 1 Wahlblock von den 30 angetretenen haben im Landesdurchschnitt die 4%-Hürde übersprungen: Zwei Parteien (KPU und PSPU) sowie der Wahlblock "ZPNU" gehören dem linken Lager an; vier Parteien (NDPU, PZU, SDPU(o) und VOH) sind zentristisch orientiert; die NRU vertritt national-demokratische Positionen. Diese Siegerparteien bekamen zusammen 17,48 Mio. der abgegebenen Stimmen oder 66%. Die restlichen 34% entfielen auf die übrigen 22 Parteien und Wahlblöcke, die es nicht geschafft haben, über Parteilisten ins Parlament zu kommen.

Wie erwartet, haben die Parlamentswahlen zur Stärkung der linken Kräfte im Parlament geführt. Die vier linken Parteien (KPU, PSPU, SPU und SelPU) haben zusammen 37% der Stimmen erhalten. Zur Anhängerschaft dieser Parteien gehören nicht nur Sowjetnostalgiker, sondern auch Protestwähler, die sich als Verlierer der neuen Entwicklung sehen. Das sind vor allem ältere Menschen, die aktiv und regelmäßig an den Wahlen teilnehmen. Die Wähler der linken Parteien sind Anhänger der Idee eines slawischen Bundes (Rußland, Belarus und die Ukraine). Nach Angaben des soziologischen Dienstes "Socis-Gallup" unterstützten im Mai 1997 in einer repräsentativen Umfrage 46% der Befragten den Kurs auf die

¹³ Pravo vyboru: polityčni partii ta vyborči bloky, Kiev 1998, S. 28-29

¹⁴ Holos Ukrajin, 19.11.1997, S. 2

¹⁵ Urjadovij kurjer, 9.4.1998, S. 5

Wiedervereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken zu einer neuen Union.¹⁶ Den Zerfall der Sowjetunion beklagten im Juni 1997 51% der Respondenten, 11% antworteten, daß sie dies erst jetzt bedauerten.¹⁷ Die KPU, die nach den ersten zwei Wahlgängen 1994 insgesamt 86 Mandate im Parlament besaß, erreichte im neuen Parlament 121 Mandate (84 über Parteilisten und 37 Direktkandidaten), der Wahlblock "ZPNU" mit dem Parlamentsvorsitzenden Moroz an der Spitze kam auf 35 Mandate (29 über Parteilisten und 6 Direktkandidaten), und die PSPU erreichte 16 (14 plus 2). Die linkszentristischen Parteien sind mit 4 Direktmandaten im Parlament vertreten: 2 Mandate gewann die prorussische PS, je 1 Mandat ging an die UPS, die zum Wahlblock "TU" gehört, und an die VPT. Summa summarum verfügen die Vertreter der linken Parteien im neuen Parlament über 176 Sitze (1994: 118).

Das demokratische Lager war im Wahlkampf zersplittert: Die zahlreichen zentristischen Parteien (16 an der Zahl) haben es nicht geschafft, ihre Kräfte zu bündeln und sich auf eine einheitliche Wahlliste zu einigen. Die größte Überraschung dieser Wahl bestand im guten Abschneiden der PZU, die zwar kein einziges Direktmandat gewinnen konnte, aber auf Anhieb 5,43% errang und mit 19 Mandaten zum ersten Mal ins Parlament einzog. Im Gegensatz zu den Grünen, die zu einer Art Senkrechstarter geworden sind, hat die NDPU eine schwere Niederlage erlitten. Sie, die als "Partei der Macht" bezeichnet wurde, kam lediglich auf 5% der Stimmen. Diese präsidententreue Partei erlangte 29 Mandate (17 über die Parteiliste und 12 Direktmandate). Eine andere zentristische, aber radikal antipräsidentische Partei, die VOH, bekam trotz der starken und massiven Behinderung seitens der Machtorgane 4,67% der Stimmen und brachte so 16 Listenkandidaten ins Parlament. Zusammen mit den 8 eroberten Direktwahlkreisen stellte sie 24 Abgeordnete. Die letzte Partei, die gerade noch die 4%-Hürde schaffte, war die SDPU(o). Sie zog mit 17 Abgeordneten (14 über die Parteiliste und 3 Direktkandidaten) ins Parlament.

Ebenfalls als zentristisch sind die 22 zum Teil parteilosen Abgeordneten einzuschätzen, die in ihren direkten Wahlkreisen zwar gesiegt haben, deren Parteien oder Wahlblöcke aber die 4%-Hürde nicht überspringen konnten. Dazu gehörten in erster Linie 9 Mitglieder der APU, 4 der PRP, 3 der PRVU, je 2 der Wahlblöcke "Razom!" und "NEP". Der Wahlblock "SLOn" und die PNERU stellten je 1 Abgeordneten.

Die Christdemokraten schafften es nicht, über Parteilisten in die Verchovna Rada zu gelangen. Die CDPU gewann 1 Direktmandat, und der Wahlblock "VU" konnte 4 (meistens parteilose) Abgeordnete ins Parlament entsenden. Die NRU als national-demokratische Partei verlor in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Popularität und konnte lediglich 9,5% der Stimmen (32 Listenmandate) auf sich vereinigen. Dazu kamen 14 Direktmandate, zusammen 46 Sitze.

Keine der rechten Parteien konnte die 4%-Hürde überwinden. Nur 6 Vertreter des "NF" und 1 der rechtsradikalen SNPU, die zum Block "MS" gehörte, konnten in der Westukraine Direkt-

¹⁶ Den', 30.5.1997, S. 1

¹⁷ Den', 26.6.1997, S. 1

mandate gewinnen. Sogar alle Rechten zusammen (die zwei Wahlblöcke "NF" und "MS" sowie die UNA) hatten lediglich 3,28% erreicht, waren also deutlich unter der 4%-Hürde geblieben. Das Desaster der Rechten bei diesen Parlamentswahlen präsentierte sich noch drastischer, wenn man das Vergleichsjahr 1994 heranzog: Damals hatten die drei rechten Parteien, die den "NF" bildeten, noch 15 Mandate gewonnen. Die rechtsextreme UNA, die 1994 noch 3 Mandate bekam, ging 1998 leer aus.

Etwa ein Viertel der unabhängigen Abgeordneten, die auf keiner Partei- bzw. Wahlblockliste stand, bezieht linke oder linkszentristische Positionen, etwa drei Viertel können als zentristisch oder national-demokratisch eingeschätzt werden. Viele "Parteilose" standen auf den Wahllisten von Parteien, die den Einzug ins Parlament nicht schafften, wie z.B. die damaligen parteilosen Abgeordneten Holovatyj, Šyškin und Omel'čenko als Spitzenkandidaten des Wahlblocks "VU". Der parteilose Gewerkschaftsvorsitzende Stojan führte die Wahlliste der VPT an, und der ehemalige amtierende Premierminister der Ukraine, Zvjahil's'kyj, gehörte zum Aufgebot des Wahlblocks "NEP". Auch auf den Wahllisten der Siegerparteien waren "parteilose" Kandidaten vertreten.

Viele prominente Politiker konnten nicht mehr in die Verchovna Rada zurückkehren, wie z.B. der DPU-Vorsitzende Javorivs'kyj, der Vize-Vorsitzende der Verchovna Rada und Führer des Blocks "Vorwärts, Ukraine!", Musijaka, der URP-Ehrenvorsitzende Lukjanenko und der Vorsitzende der URP, Jarošyn's'kyj, der UKRP-Vorsitzende Chmara, der IRB-Vorsitzender Hryn'ov sowie SDPU-Chef Buzdugan, Ex-Vize-Premier Lanovyj u.a.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen bestätigten die Tatsache, daß die Ukraine politisch gespalten ist: Genauso wie vor vier Jahren hatten die Linken ihre Hochburgen im Osten und Süden, während die national-demokratische NRU und die Rechten die meisten Stimmen in der West- und Zentralukraine holten. Die Wahlen haben gezeigt, daß die Popularität von Nationalisten und Rechten zurückgegangen und ihr Einfluß nur auf zwei bis drei Gebiete der Westukraine begrenzt ist, was zu ihrer Bedeutungslosigkeit im neuen Parlament führt. Die meisten kleinen zentristischen Parteien konnten in den Regionen nicht Fuß fassen. Nur wenige von ihnen entwickelten sich zu richtigen Regionalparteien, die in einem Gebiet oder einer Großstadt gewisse Popularität genießen.

Das Abschneiden der propräsidentischen Parteien (vor allem der NDPU und der APU) beweist, daß die Exekutive zu den Verlierern der Wahlen gehört. Die NDPU als "Partei der Macht", die den Regierungschef stellt, hatte trotz Anstrengungen, großer Geldsummen und Unterstützung des Staatsapparats und des staatlichen Fernsehens nur 5% der Stimmen auf sich vereinigen können. Die APU, die als "NDPU auf dem Land" bezeichnet wird, scheiterte mit 3,68% der Stimmen an der 4%-Hürde. Abgesehen von der NDPU und APU gingen andere zentristische und national-demokratische Parteien (vor allem die VOH, SDPU(o) und die NRU) auf Distanz zum Präsidenten und seiner Regierung, um mit ihnen nicht gleichgestellt zu werden.

Eine schwere Niederlage erlitten auch die Reformkräfte (vor allem die PRP und die Wahlblöcke "VU" und "NEP"). Die Reformer hatten vergeblich versucht, eine demokratische und marktwirtschaftliche Alternative zum "Kučma-Regime" auf die Beine zu stellen. Genauso wie

in Rußland im Dezember 1995 und Juni 1996 scheiterte auch in der Ukraine die Idee der "demokratischen Alternative", mit der die reformorientierten Zentristen (vor allem die PRP von Pynzenyk) in die Wahl gingen. Die Niederlage der Reformer hatte dieselben Ursachen wie in Rußland. Sie war nicht allein durch ihre Zersplitterung und Streitigkeiten unter ihren Führern zu erklären. Genauso wie in Rußland sind die Menschen in der Ukraine von den "Demokraten" enttäuscht und stimmten entweder für die Kommunisten oder für die "Partei der Macht". Die PRP sowie die Wahlblöcke "VU" und "NEP" erhielten 3,13%, 1,73% bzw. 1,23% der Stimmen und bekamen nur wenige Direktmandate.

Die Ursache für das schlechte Abschneiden der National-Demokraten (NRU und RCP, die zusammen lediglich etwa 10% der Stimmen holten) lag darin, daß einerseits die Zentristen und andererseits die Rechten mit ihnen konkurrierten. Dieser Kampf an zwei Fronten kostete sie viele Parlamentssitze. Da die reformorientierten Zentristen und die Rechten die 4%-Hürde nicht nehmen konnten, wurde ihr Stimmenanteil unter den Siegerparteien aufgeteilt. In erster Linie profitierten die Linken von der Zersplittertheit der nichtkommunistischen Kräfte. Deshalb zeitigten die Wahlergebnisse nach Čornovils Meinung nicht den Sieg der Linken, sondern die Niederlage der nicht vereinigten Demokraten.¹⁸ Andererseits waren die prorussischen, aber nichtkommunistischen Parteien keine Konkurrenten für die Linken und fielen bei den Wahlen durch. Die Wahlblöcke "TU" und "SLOn" sowie die Parteien PS und PDESP, die für die Anlehnung an oder gar staatliche Vereinigung mit Rußland und für die Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen eintraten, schafften es nicht, die russischsprachige Bevölkerung der Süd- und Ostukraine für sich einzunehmen. Sie alle blieben mit 3,06%, 0,90%, 0,70% bzw. 0,20% deutlich unter der 4%-Hürde.

Das Scheitern vieler kleineren Parteien an der 4%-Hürde stellte die Frage nach ihrem politischen Überleben. Viele von ihnen suchen verstärkt nach Partnern mit der gleichen ideologischen Orientierung, um durch eine mögliche Fusion wieder an Bedeutung zu gewinnen, was eigentlich zur Verringerung der Zahl von Kleinstparteien führen müßte. Insbesondere im national-demokratischen und christlich-demokratischen Lager begannen die Parteien kurz nach den Wahlen, die Ursachen für ihre Niederlage zu analysieren. Obwohl die Sondierungsgespräche immer noch auf Hochtouren laufen, ist es mehr als fraglich, ob es den Parteiführern gelingt, ihre eigenen Ambitionen zurückzustecken und Streitigkeiten um die Besetzung von Posten zu vermeiden. Die Wahlen haben zur Herausbildung eines "harten Kerns" unter der Parteien beigetragen, der annähernd an die westliche Parteienlandschaft erinnert und fast alle ideologischen Richtungen abdeckt: Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, National-Demokraten, Grüne usw.

Die Linken haben trotz massiver Verstärkung ihrer Präsenz im Parlament ihr Ziel – die Mehrheit der Parlamentssitze – verfehlt. Mit ihrer relativen Mehrheit (im Vergleich zu den übrigen Parteien) sind die Kommunisten auf die Unterstützung der anderen Linken angewiesen. Da die PSPU von Vitrenko die Sozialisten von Moroz als "Renegaten" und "Gehilfen des Weltimperialismus" aufs schärfste bekämpft, ist es fraglich, ob es im linken Lager zu

¹⁸ Holos Ukrajinu, 9.4.1998, S. 2

Einigkeit und gemeinsamem Vorgehen kommen kann. Die Programmunterschiede zwischen der KPU und SPU und persönliche Konkurrenz unter den linken Führern Symonenko-Moroz-Vitrenko (die als potentielle Kandidaten für das Präsidentenamt gelten) sind nicht ohne Bedeutung. Sogar mit Unterstützung der linksorientierten "Parteilosen" haben die Linken keine rechnerische Mehrheit im Parlament. Nur in der ablehnenden Position gegenüber dem "volksfeindlichen Kučma-Regime" sind sich alle Linken einig. Auf dieser Grundlage könnte es auch zu einer "antipräsidentialen Allianz" zwischen den Linken und der VOH kommen.

Die Parlamentswahlen 1998 waren eine Art Protest gegen Präsident Kučma und seine Regierung. Die linken Kräfte (plus PZU und VOH) sind zu eindeutigen Protestparteien geworden, da viele Wähler aus Trotz und Verärgerung über die Präsidentenpolitik ihnen ihre Stimmen gaben. Diese Stimmung einzufangen gelang insbesondere den Grünen. Das Phänomen der PZU ist in erster Linie als Denkmittel für die Machthaber zu betrachten und nicht als Zeichen für ökologisches Bewußtsein der Bevölkerung. Die "unpolitischste" von allen politischen Parteien, die sich als kleine Partei lange nicht profilieren konnte, hatte noch im Januar 1998 laut Umfragen nur 1,1% der Wähler hinter sich. Das "grüne Wunder" geschah in den letzten zwei Monaten vor den Wahlen. Die PZU gewann rasch an Popularität: Im Februar wurde sie von 2,5% der Wähler und im März schon von 5% unterstützt.¹⁹ Der Grund dafür war: Die Partei der Grünen wurde kurz vor den Wahlen vom großen Kapital entdeckt. Unter den ersten 19 Kandidaten der Wahlliste, die ins Parlament kamen, waren 12 Unternehmer und Geschäftsleute (Präsidenten, Direktoren und stellvertretende Direktoren von Banken und Firmen), die als Sponsoren der PZU fungierten. Das Image der PZU als Neuling im politischen Geschäft "mit weißer Weste" ("Wir trachten nicht nach der Macht, wir werden die Interessen der Menschen im Parlament vertreten") wurde durch professionelle PR-Firmen geschliffen. Im Unterschied zu anderen politischen Parteien, die ihre Wahllisten mit "Vertretern des Staatsapparats" und Parlamentsabgeordneten geschmückt hatten, präsentierten sich die Grünen als die "Partei der Ökonomen, Ökologen, Juristen, Lehrer, Ärzte und Vertreter der Bürgerinitiativen". Allerdings konnte die PZU als einzige unter den Siegerparteien ohne charismatische Führer (wie es Vitrenko in der PSPU, Moroz in der SPU oder Čornovil in der Ruch ist) kein Direktmandat gewinnen.

Die Wahlen haben zu einer personellen Kettenreaktion in der Exekutive im Zentrum und in den Regionen geführt. Da einige Minister, stellvertretende Minister, Vorsitzende staatlicher Komitees und Gouverneure sowie Präsidentenberater ins Parlament gewählt wurden, mußte Kučma sie von ihren Ämtern entbinden. Laut ukrainischer Verfassung ist das Abgeordnetenmandat mit der gleichzeitigen Bekleidung eines Staatsamts unvereinbar. Von den zehn an den Parlamentswahlen beteiligten Regierungsmitgliedern wurden sieben ins Parlament gewählt: Premierminister Pustovojtenko und Minister ohne Portefeuille Tolstouchov (beide NDPU), Außenminister Udovenko und Umweltminister Kostenko (beide Ruch), Wirtschaftsminister Suslov ("ZPNU"), Transportminister Čerep (PNERU) und der Wissenschafts- und Technologieminister Semynoženko als unabhängiger Kandidat. Pustovojtenko und Tolstouchov

¹⁹ Političnyj portret Ukrajin, Heft 20, 1998

verzichteten auf ihr Abgeordnetenmandat und nehmen weiterhin ihre Funktionen in der Regierung wahr. Die anderen fünf Minister traten von ihren Posten zurück, um als Abgeordnete tätig zu werden. Kučma wechselte im April-Juni 1998 außerdem mehrere Gouverneure aus: in den Gebieten Žytomyr, Cherson, Luhans'k, Vinnycja, Ternopil', Dnipropetrovs'k, Sumy, Černivci, Odesa, Poltava, Čerkasy. Von 18 Mitarbeitern der Präsidialadministration, die an den Wahlen teilnahmen, konnten lediglich vier Mandate erringen: der parteilose Präsidentenberater Dmytro Tabačnyk, Vasyl' Kremen' von der SDPU(o), Viktor Tkačuk von der PZU und Vasyl' Šepa von der NRU.²⁰ Sie alle gaben ihrem Abgeordnetenmandat den Vorzug.

4. Das neue Parlament und die Wahl des Parlamentsvorsitzenden

Die offizielle Registrierung und Anerkennung der ins Parlament gewählten Abgeordneten durch die CVK verlief in mehreren Etappen und ging mit großen Komplikationen und gerichtlichen Auseinandersetzungen einher. Die Namen von 413 "Volksdeputierten der Ukraine" wurden am 18. April 1998 in der Zeitung "Holos Ukrajiny" veröffentlicht, nachdem die CVK am 17. April 1998 218 über Parteilisten und 195 direkt gewählte Abgeordnete offiziell registriert hatte.²¹ Nach der Bestätigung von 13 weiteren Direktmandaten durch die CVK Ende April 1998 stieg die Zahl der Abgeordneten zunächst auf 426. In mehreren Direktwahlkreisen legten die unterlegenen Kandidaten bei der CVK Widerspruch ein bzw. riefen das Gericht an. So hatte das Gericht im Gebiet Sumy z.B. das Wahlergebnis der PSPU-Chefin Vitrenko "wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz" annulliert und ihr das Mandat aberkannt.²² Nachdem das Oberste Gericht der Ukraine diesen Beschluß aufhob, wurde das Direktmandat von Vitrenko (zusammen mit 8 weiteren) am 11. Mai 1998 durch die CVK doch noch anerkannt.²³ Durch die Anerkennung weiterer Mandate stieg die Zahl der Volksdeputierten Anfang Juni 1998 auf 442. In acht Wahlkreisen wurden die Wahlen von August bis November 1998 wiederholt: In sieben Wahlkreisen waren sie von der CVK und von Gerichten wegen Unregelmäßigkeiten (wie Agitation am Wahltag, Versuche, die Wähler unmittelbar vor dem Urnengang durch "Geschenke" zu bestechen, usw.) für ungültig erklärt worden. Am 6. August 1998 wurde dem Ex-Justizminister und scharfem Kritiker des Präsidenten, Holovatyj, überraschend das Abgeordnetenmandat aberkannt.²⁴ Da er schon als Abgeordneter einen Eid auf die Ukraine geleistet und das Abgeordnetenmandat bekommen hatte, wandte er sich an den Europäischen Gerichtshof, nachdem das Oberste Gericht der Ukraine den Beschluß des Stadtgerichts Kiev bestätigt hatte. Es entstand ein Präzedenzfall, denn die Verfassung sieht die Annullierung eines Abgeordnetenmandats nicht vor. Am 16. August 1998 wurden 5 weitere Abgeordnete gewählt: 3 Parteilose, 1 Kommunist und 1

²⁰ Holos Ukrajiny, 3.4.1998, S. 2

²¹ Holos Ukrajiny, 18.4.1998, S. 3-9

²² Holos Ukrajiny, 21.4.1998, S. 2

²³ Holos Ukrajiny, 13.5.1998, S. 2

²⁴ Holos Ukrajiny, 11.8.1998, S. 2

Vertreter der NDPU. Damit hat sich die Zahl der Abgeordneten auf 447 erhöht. Im Oktober 1998 erkannte die CVK noch ein Mandat an. Anfang November 1998, sieben Monate nach den Wahlen, war das ukrainische Parlament mit 448 Abgeordneten immer noch nicht komplett.

Im Vergleich zum alten Parlament ist das neue ein wenig konsolidierter und strukturierter geworden. Die Zahl der Fraktionen ist leicht zurückgegangen: Statt zeitweise 11 Fraktionen und Abgeordnetengruppen, die von Vertretern von mehr als 15 Parteien gebildet wurden, sowie einer großen Zahl von "Unabhängigen" und Parteilosen in der vorigen Verchovna Rada wurden im Parlament der XIV. Legislaturperiode zunächst 8 Fraktionen gebildet. Dafür mußte die Geschäftsordnung geändert werden: Die Mindestzahl der Abgeordneten für eine Fraktion wurde von 25 auf 14 herabgesetzt. Die Parteien, die die 4%-Hürde nicht überwunden haben, d.h. nur mit wenigen Direktmandaten im Parlament vertreten sind, dürfen jetzt keine eigenen Fraktionen bilden. Gleich nach der Verkündung der Wahlergebnisse begannen die Parteien damit, auch parteilose Abgeordnete für ihre Fraktionen anzuwerben. Dies ist auch kein schwieriges Unterfangen, denn die ukrainischen Abgeordneten wechseln nach wie vor sehr oft und leichtfertig ihre Fraktionszugehörigkeit. Deshalb bleibt ähnlich wie im alten Parlament die Mitgliedsstärke der Fraktionen höchst instabil, was für die westlichen Parlamente untypisch ist.

Fast in allen Fraktionen gibt es eine gewisse Anzahl von Abgeordneten, die zwar über die Parteiliste ins Parlament kamen, aber nicht das Parteibuch haben. Sie neigen besonders stark zum Fraktionswechsel. Im Juli 1998 entstand im Parlament eine neue Abgeordnetengruppe, "Unabhängige", die eine Reihe prominenter fraktionsloser Politiker vereinigte: Serhij Holovatyj, Hrihorij Omel'čenko, Serhij Ter'ochin, Valerij Babyč, Katerina Vaščuk u.a. Diese Gruppe ist offiziell nicht registriert, da die Parlamentsführung um Tkačenko ausschließlich Abgeordnetenvereinigungen auf der Parteibasis befürwortet.

Am 1. Oktober 1998 ging aus der Spaltung der SPU-SelPU-Fraktion eine neue Abgeordnetenvereinigung hervor, die selbständige SelPU-Fraktion. Nachdem ihr Vertreter zum Vorsitzenden der Verchovna Rada gewählt wurde, zeigt sie mehr Selbstbewußtsein und läßt sich nicht mehr von der stärkeren SPU bevormunden. Da die neue Fraktion Kučma gegenüber loyal ist, ist die Front die antipräsidentischen Fraktionen geschwächt. Vor allem Moroz hat stark an Einfluß im Parlament eingebüßt, da seine Fraktion "Linkes Zentrum" dadurch stark geschwächt wurde. Dies dürfe auch seine Chancen bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen schmälern. Die neue Fraktion besteht aus 15 Mitgliedern, 10 von ihnen gehörten vorher dem "Linken Zentrum" an. Unter ihnen ist auch der Ex-Wirtschaftsminister Viktor Suslov. Parteilose Abgeordnete und Agrarier, die sich geweigert hatten, der Moroz-Fraktion beizutreten, können sich jetzt der SelPU-Fraktion anschließen. Die Fraktion nimmt auch "Überläufer" auf wie z.B. den General Adam Čikal, der zuvor die NDPU-Fraktion verlassen hatte. Nach Ivan Čyž, eines der führenden Sozialisten, ist die stattgefundene Teilung der

Fraktion "Linkes Zentrum" künstlich und von "außen" initiiert, und zwar von den Präsidialstrukturen, die an der Schwächung des Einflusses von Moroz interessiert sind.²⁵

Die SPU hat die Rechtmäßigkeit der Bildung der neuen Fraktion vor dem parlamentarischen Komitee für Geschäftsordnung in Frage gestellt: Die SelPU allein sei nicht Subjekt bei den Wahlen gewesen, weil sie zusammen mit der SPU einen Block gebildet hätte. Deshalb dürften diese Parteien keine eigenen Fraktionen bilden. Der SelPU-Führer Serhij Dovhan' sah einen Zusammenhang zwischen der scharfe Reaktion der SPU und den kommenden Präsidentschaftswahlen: Die SPU fürchte, daß "wir nicht den Kandidaten unterstützen werden, den sie gern möchte".²⁶

Genauso wie im alten Parlament bilden die Kommunisten die stärkste und stabilste Fraktion. Im Vergleich zum Februar 1998 (Ende der Legislaturperiode des vorigen Parlaments), als die KPU mit 79 Abgeordneten vertreten war, verfügte sie Anfang November 1998 über 122 Sitze. Die NRU konnte ihre Fraktionsstärke von 25 auf 48 Mitglieder fast verdoppeln. Praktisch unverändert blieb zunächst die Fraktion der SPU-SelPU mit 35 Abgeordneten. Nach der Spaltung wies die SPU-Fraktion, die weiterhin "Linkes Zentrum" heißt, 25 Mitglieder, die SelPU-Fraktion 15 Abgeordnete auf. Einige neue Fraktionen wurden gebildet: die VOH-Fraktion mit zunächst 40 Mandaten (verfügt jetzt über 45), die SDPU(o)-Fraktion mit 23 Mandaten, die PZU-Fraktion mit 26 und die PSPU-Fraktion mit 14 Mandaten. Alle diese Parteien sind zum ersten Mal in Fraktionsstärke vertreten. Einige Mitglieder der APU, die im alten Parlament eine eigene Fraktion bildete, traten erwartungsgemäß der NDPU-Fraktion bei, die im Sommer 1998 mit 89 Mandaten (im vorigen Parlament nur 17) zur zweitstärksten Fraktion avancierte. Ihr schlossen sich zunächst fast alle ehemaligen Minister, Präsidentenberater, Gouverneure und Mitarbeiter der Exekutive an sowie zahlreiche Geschäftsleute und Bankiers. Nach mehreren Austritten (allein Anfang November 1998 schieden sieben Abgeordnete aus) schrumpfte die NDPU-Fraktion auf 77 Mitglieder. Nach dem Entstehen der Abgeordnetengruppe "Unabhängige" mit 23 Mitgliedern sank die Zahl der Fraktionslosen im November 1998 von 46 auf 30.²⁷

In der Verchovna Rada sind 32 Frauen (etwa 7% der Abgeordneten) vertreten, fast zweimal mehr als im alten Parlament. Trotz der Verdoppelung der Zahl weiblicher Abgeordneter nehmen die Frauen in der ukrainischen Politik einen bescheidenen Platz ein. Sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive und Judikative sind Frauen stark unterrepräsentiert (bei einem Frauenanteil von über 55% an der Gesamtbevölkerung). Politik ist nach wie vor "Männersache". 1996 arbeitete eine einzige Frau in der Präsidialadministration als Abteilungsleiterin (zuständig für Auszeichnungen). Nur ein Komitee der Verchovna Rada von 22 leitet eine Frau (Julija Tymoschenko). Bei 18 Verfassungsrichtern sind ganze zwei Frauen. Unter den Gebietsgouverneuren und Bürgermeistern größerer Städte gibt es nach wie vor keine weibliche Amtsinhaberin. Die 53 Minister und Vorsitzenden der Staatskomitees (im Rang

²⁵ Kievskie vedomosti, 2.10.1998, S. 2

²⁶ Den', 10.10.1998, S. 4

²⁷ Holos Ukrajiny, 4.11.1998, S. 2

eines Ministers) waren 1996 ausschließlich Männer. Seit dem Rücktritt Holovatyjs im August 1997 gibt es die erste Ministerin, Sjuzanna Stanik als Justizministerin.

Im neuen Parlament sind zwei große "ideologische" Blöcke auszumachen: Linke (drei Fraktionen) gegen Zentristen und National-Demokraten (fünf Fraktionen). Da aber das Verhältnis zum Präsidenten und seiner Politik ausschlaggebend ist, verläuft die Trennlinie in Wirklichkeit zwischen anti- und propräsidentischen Kräften, also zwischen den Linken plus "Hromada" einerseits und den präsidientreuen Zentristen (NDPU, SDPU(o) und PZU) plus NRU andererseits. Kein Block hat die Mehrheit, was zu einer zweimonatigen Pattsituation bei der Wahl des Parlamentsvorsitzenden geführt hatte. Seit der ersten Sitzung des Parlaments am 12. Mai 1998 kam bis zum 7. Juli keine einfache Mehrheit für die Wahl des Parlamentsvorsitzenden zustande. Die Wahl des zweitwichtigsten Mannes im ukrainischen Machtgefüge wurde von den Kontrahenten als "erster Wahlgang" im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen betrachtet. Der Präsident und seine Anhänger in der Verchovna Rada wollten verhindern, daß sein schärfster Rivale Moroz erneut den Parlamentsvorsitz übernimmt und somit eine Bühne für die eigene Profilierung und ein Sprungbrett für die Präsidentschaftswahlen hat. Die Linken hingegen blockierten die Wahl eines Zentristen mit dem Argument, daß die stärkste Fraktion den Vorsitzenden stellen sollte. Die Verchovna Rada blieb zwei Monate lang handlungsunfähig, da ihre Beschlüsse und Gesetze vom Parlamentsvorsitzenden unterzeichnet werden müssen.

Gegenseitige Blockaden machten 20 Anläufe mit mehr als 50 Kandidaten für die Wahl eines Vorsitzenden notwendig. Allein zum ersten Wahlgang meldeten sich 14 Kandidaten; einige von ihnen stellten sich in diesen zwei Monaten mehrmals zur Wahl. Jede Fraktion brachte ihren eigenen Kandidaten ins Spiel. Die Wahl verkam mehr und mehr zu einer Farce, als auch fraktionslose (und deshalb chancenlose) Abgeordnete zur Wahl antraten, und die Fraktionen mehrere Kandidaten auf einmal bei einem Wahlgang ins Rennen schickten, wie z.B. "Hromada". Die PSPU erklärte, daß sie für einen Linken stimmen würde, aber weder für einen Kommunisten noch für einen Sozialisten. Die Opponenten begannen, ihre Kontrahenten aus dem anderen Lager als Kandidaten vorzuschlagen, worauf diese gezwungen waren, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Dieses Schauspiel erreichte seinen Höhepunkt, als ein Kommunist vorschlug, Zbigniew Brzezinski und Vjačeslav Čornovil auf die Kandidatenliste zu setzen. Im Gegenzug brachte Čornovil Adam Martynjuk (KPU), Gennadij Zjuganov und Vladimir Žirinovskij ins Spiel. Es gab Kandidaten, die keine einzige Stimme auf sich vereinigen konnten. Mehrmals wurden die Wahlgänge für ungültig erklärt, weil einige Fraktionen die Wahl boykottierten. Vier von acht Fraktionen (Ruch, NDPU, SDPU(o) und PZU) plädierten für eine "Paketlösung", die die gleichzeitige Wahl des Parlamentsvorsitzenden und seiner Stellvertreter vorsah. Die Linken und die "Hromada" traten entschieden dagegen ein. Die aussichtsreichsten Anwärter bekamen in mehreren Anläufen 178, 191, 201, 207, 212 und 221 Stimmen (Petro Symonenko von der KPU); 177, 197, 204, 211, 212 Stimmen (Moroz von der Fraktion "Linkes Zentrum"); 212 Stimmen (Jurij Kostenko von der Ruch), 222 Stimmen (Oleksandr Bandurka von der NDPU-Fraktion), 205 Stimmen (Ivan Pljušč von der NDPU), 173 Stimmen (Leonid Kravčuk von der SDPU(o)-Fraktion) usw.

Auch der Kandidat vom "linken Zentrum", Oleksandr Tkačenko, errang erst am 7. Juli im zweiten Anlauf (unterstützt von der KPU-, "Hromada"- und PSPU-Fraktion, einigen Fraktionslosen, einzelnen Mitgliedern der PZU- sowie der SDPU(o)-Fraktion) mit 232 Stimmen die notwendige einfache Mehrheit.²⁸ Noch zwei Wochen zuvor war er mit nur 148 Stimmen gescheitert. Tkačenko war Erster Stellvertretender Vorsitzender der vorigen Verchovna Rada und gehörte zur selben Fraktion wie sein Vorgänger Moroz. Die relativ kleine SPU-SelPU-Fraktion hatte somit schon zum zweiten Mal den Parlamentsvorsitzenden gestellt. Die Wahl von Tkačenko war ein Kompromiß: Die antipräsidentischen Kräfte setzten "ihren" Kandidaten durch, und die propräsidentischen Fraktionen verhinderten die Wiederwahl von Moroz.

Der neue Parlamentsvorsitzende, der gemäßigt linke Positionen vertritt, setzte sich in der Frage seiner Stellvertreter durch: 18 Mal mußte er seine zwei Kandidaten der Verchovna Rada vorschlagen, die ein "Paket" (ein Linker und ein Zentrist) bildeten. Mit 270 Stimmen votierten die Abgeordneten am 9. Juli 1998 schließlich doch für den Zweiten Sekretär des ZK der KPU, Adam Martynjuk (Erster Stellvertretender Vorsitzender des Parlaments), und den Präsidenten des Anwaltverbands der Ukraine, Viktor Medvedčuk, von der SDPU(o) (Stellvertretender Vorsitzender des Parlaments), der mit seinem Jahreseinkommen von 1.880.000 Hryvna (damals etwa 900.000 US-\$) für 1997 zu den offiziell registrierten reichsten Ukrainern gehört.²⁹ Damit sind zwei große rechtszentristische Fraktionen – der NDPU und der NRU – in der Führungsspitze des Parlaments nicht vertreten. Der Ruch-Vorsitzende Čornovil erklärte daraufhin, daß seine Fraktion in die Opposition zum "links-mafiösen" Vorstand der VR übergehe.³⁰

Kurz nach seiner Wahl präsentierte sich Tkačenko als ein besonnener Politiker. Bei seinem Treffen mit dem Präsidenten Kučma am 13. Juli 1998 wurde die Notwendigkeit eines konstruktiven Verhältnisses zwischen der Legislative und der Exekutive betont. Er brachte seine Unterstützung für die wirtschaftspolitischen Dekrete des Präsidenten zum Ausdruck, erklärte sich zur Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und der Regierung bereit und hielt den Rücktritt der Regierung Pustovojtenko nicht für wünschenswert.

Am 10. Juli wurden außerdem 22 parlamentarische Komitees gebildet. Die KPU-Fraktion hat in sechs Komitees den Vorsitz inne, die NDPU in fünf, die VOH-Fraktion in vier, die NRU-Fraktion in drei, die SPU-SelPU-Fraktion in zwei und die PZU und SDPU(o) in je einem Komitee. Die (kleinste) PSPU-Fraktion und Fraktionslose gingen leer aus. Die strategisch wichtigsten Komitees sind in den Händen der KPU- und VOH-Fraktion, die NDPU- und NRU-Fraktionen mußten sich mit weniger angesehenen Komitees zufriedengeben. Die Bildung von zwei weiteren Komitees ist vorgesehen.

Die 22 Komitees der Verchovna Rada und ihre Vorsitzenden sind:

²⁸ Holos Ukrajiny, 8.7.1998, S. 1

²⁹ Zerkalo nedeli, 11.7.1998, S. 2

³⁰ Den', 30.7.1998, S. 4

- Außenpolitik und GUS-Beziehungen (Borys Olijnyk, KPU)
- nationale Sicherheit und Verteidigung (Heorhij Krjučkov, KPU)
- Rechtsreform (Vasyl' Sirenko, KPU)
- Wirtschaftspolitik, Wirtschaftslenkung, Eigentum und Investitionen (Stanislav Hurenko, KPU)
- Staatsaufbau, lokale Selbstverwaltung und die Tätigkeit der Radas (Oleksandr Kušnir, KPU)
- Angelegenheiten der Rentner, Veteranen und Invaliden (Vitalij Lucenko, KPU)
- Industriepolitik (Anatolij Kinach, NDPU)
- Brennstoff- und Energiekomplex, Atompolitik und Atomsicherheit (Mychajlo Kovalko, NDPU)
- Bau-, Transport- und Kommunikationswesen (Jurij Kruk, NDPU)
- Wissenschaft und Bildung (Volodymyr Semynoženko, NDPU)
- Gesundheitswesen, Mutter- und Kinderschutz (Serhij Ševčuk, NDPU)
- Haushaltsfragen (Julija Tymošenko, VOH)
- gesetzliche Absicherung der rechtsstaatlichen Tätigkeit und Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Jurij Karmazin, VOH)
- parlamentarische Geschäftsordnung, Abgeordnetenethik und organisatorische Absicherung der Tätigkeit der Verchovna Rada (Viktor Omelič, VOH)
- Jugend und Sport (Ivan Kyrylenko, VOH)
- Finanz- und Bankwesen (Valerij Al'ošyn, NRU)
- Menschenrechtsfragen, nationale Minderheiten und zwischenethnische Beziehungen (Hennadij Udovenko, NRU)
- Kultur und geistige Kultur (Leonid (Les') Tanjuk, NRU)
- Agrarpolitik und Grundbesitzfragen (Oleksandr Moroz, "Linkes Zentrum")
- Informations- und Redefreiheit (Ivan Čyž, "Linkes Zentrum")
- Sozialpolitik und Arbeit (Jevhen Marčuk, gleichzeitig Vorsitzender der SDPU(o)-Fraktion)
- Ökologie, Naturnutzung und Beseitigung der Folgen von Čornobyl' (Jurij Samojlenko, PZU).

Der Präsident hat die zweimonatige Handlungsunfähigkeit des Parlaments genutzt und in seiner Ansprache an das Volk am 18. Juni 1998 die Notwendigkeit seiner Wirtschaftsdekrete begründet. Laut Verfassung erlangen die Präsidentendekrete Gesetzeskraft, wenn sie vom Parlament innerhalb von 30 Tagen nicht abgelehnt werden. Obwohl einige seiner Dekrete gegen die Verfassung und geltendes Recht verstoßen (z.B. gehört das Steuerrecht eindeutig zur Kompetenz der Verchovna Rada), wurden sie vom Parlament vor der Sommerpause nicht gekippt. Der Grund dafür könnte die Tatsache sein, daß mit diesen Dekreten die Ukraine die IWF-Bedingungen erfüllt, um notwendige internationale Kredite in Höhe bis zu 2,5 Mrd. US-

\$ zu erhalten. Die Kredite der Weltbank für die Ukraine wurden zuvor auf Eis gelegt, da die ukrainischen Reformen ineffizient und zu langsam sind.

5. Die Vorbereitungen auf die Präsidentschaftswahlen 1999

Gleich nach der Konstituierung des neuen Parlaments wurden die Vorbereitungen aller politischen Kräfte auf die Präsidentschaftswahlen intensiviert. Im Zeichen des inoffiziell eröffneten Wahlkampfes um die Präsidentschaft fanden nicht nur die Wahl des Parlamentsvorsitzenden und die Spaltung der SPU-SelPU-Fraktion in der VR statt, auch die erneute Spaltung der Sozialdemokraten ist in diesem Kontext zu sehen. Die SDPU(o) trennte sich nicht nur von ihrem Gründer und Vorsitzenden, Vasyli Onopenko, sie änderte auch ihre Politik. Die neue Führung um den Vize-Vorsitzenden der VR, Viktor Medvedčuk, ging zur Politik der Unterstützung des Präsidenten über. Die Auseinandersetzung im Parlament um die Regierung Pustovojtenko und die Versuche, die regierungskritische Zeitung "Kievskie vedomosti" zum Schweigen zu bringen, sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt des sich verschärfenden Wahlkampfes zu betrachten. Die Regierung, die seit Sommer 1997 amtiert und im Frühjahr 1998 umgebildet wurde, hat immer noch kein vom Parlament abgesegnetes Programm (wie dies die Verfassung vorsieht). Den ohnehin nicht vereinten antipräsidentischen Kräften im Parlament, die durch die Abspaltung der SelPU-Fraktion geschwächt wurden, ist es am 13. Oktober 1998 nicht gelungen, die Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen: Lediglich drei Fraktionen – der KPU, der SPU und der VOH – stimmten für den Rücktritt (203 Ja-Stimmen, 108 Gegenstimmen bei 66 Enthaltungen). Diese Abstimmung machte deutlich, daß im Parlament aus den sechs Fraktionen der NDPU, der NRU, der SDPU(o), der PSPU, der SelPU und der PZU eine bunte Mehrheit entstanden ist. Entscheidend war die Haltung des Parlamentsvorsitzenden Tkačenko, der sich gegen den Rücktritt der Regierung ausgesprochen und damit seinen Kurs auf "Konsolidierung" mit dem Präsidenten fortgesetzt hatte. Die Strategie des neuen VR-Vorsitzenden heißt: die Konfrontation des Parlaments mit dem Präsidenten nach Möglichkeit vermeiden.

Zum Prüfstein für diese Strategie kann die Lesung des neuen Gesetzes über die Präsidentschaftswahlen in der VR werden. Das alte Gesetz wurde am 5. Juli 1991 verabschiedet, also noch vor der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine. Zwar erhielt es vor den Präsidentschaftswahlen 1994 eine neue Fassung, gilt aber heute als veraltet. Jetzt muß es in Einklang mit der Verfassung von 1996 gebracht werden. Es liegen fünf Entwürfe vor, und der Kampf um die Verabschiedung dieses Gesetzes dürfte genauso zäh werden wie vor einem Jahr der um das Gesetz über Parlamentswahlen. Auch der Präsident steht bei diesem Prozeß nicht abseits und versucht mehr Druck auf das Parlament auszuüben. Anläßlich des 80. Jahrestages der Gründung der Westukrainischen Volksrepublik erklärte Kučma in L'viv am 1. November 1998: "Wenn die VR nicht imstande ist, eine stabile parlamentarische Mehrheit zu bilden und produktiv zu arbeiten, dann soll sie entweder sich selbst auflösen oder ihre Rechte auf Gesetzgebungstätigkeit auf den Präsidenten oder die Regierung übertragen."³¹ Darauf

³¹ Urjadovyj kurjer, 3.11.1998, S. 4

konterte der VR-Vorsitzende Tkačenko mit der Aktivierung der Idee einer Verfassungsänderung, wonach die VR und nicht der Präsident den Premierminister und den Generalstaatsanwalt ernennt.³² Diese Idee, die Verfassung zuungunsten des Präsidenten zu ändern, setzt das Parlament zur Bedrohung des Präsidenten ein, um ihn "im Rahmen zu halten".

Obwohl die gesetzliche Grundlage für die Präsidentschaftswahlen noch nicht existiert, haben bereits mehrere Politiker ihr Interesse am Präsidentenamt angemeldet, darunter Ex-Premier Jevhen Marčuk, Ex-Justizminister Serhij Holovatyj und die PSPU-Chefin Natalija Vitrenko, oder werden dies aller Wahrscheinlichkeit nach tun, so Ex-Premier Pavlo Lazarenko, Ex-Parlamentsvorsitzender Oleksandr Moroz und der KPU-Führer Petro Symonenko. Kučma hatte schon am 16. September 1996, drei Jahre vor dem Wahltermin, erklärt, daß er bei den Präsidentschaftswahlen erneut kandidiert. Im Herbst 1998 ist die Zahl der Kandidaten weiter gestiegen: Von einigen Gebietsorganisationen der NRU wurde Bohdan Bojko, Gouverneur im Gebiet Ternopil', vorgeschlagen; die SPU-Führung hat offiziell Moroz nominiert. Beide müssen noch von den jeweiligen Parteitage bestätigt werden. Alle anderen Kandidaten hatten sich selbst ins Spiel gebracht. Die Parteien zögern noch mit der offiziellen Kandidatenaufstellung unter dem Vorwand, die Annahme des neuen Wahlgesetzes abzuwarten. Für Frühjahr 1999 sind mehrere Parteitage anberaumt, die sich mit dieser Frage beschäftigen werden.

Seit 1991 hat die unabhängige Ukraine schon zweimal einen Präsidenten gewählt. Zweimal hatte der Kandidat gesiegt, für den die Ost- und Südukraine stimmten. Auch die nächsten Präsidentschaftswahlen werden im russifizierten und bevölkerungsreichen Osten und Süden des Landes entschieden. Eine Umfrage machte das deutlich. Auf die Frage: "Was beeinflußt Ihre Entscheidung, für oder gegen einen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen?":

- wenn er Mitglied der KP oder SP ist: 26% dafür, 25 dagegen;
- wenn er ein National-Demokrat ist: 11% dafür, 44% dagegen;
- wenn er für den Beitritt der Ukraine zum Bund Rußland-Belarus eintritt: 55% dafür, 18 dagegen;
- wenn er Anhänger des ukrainischen Nationalismus ist ("Ukraine für die Ukrainer"): 11% dafür, 57% dagegen.³³

Um die Bevölkerung aus der Ost- und Südukraine für sich einzunehmen, muß der Kandidat die Verbesserung der Beziehungen zu Rußland versprechen. Da eine kommunistische Gefahr in der Ukraine 1999 nicht so akut sein dürfte wie 1996 in Rußland, werden sich die zentristischen Kräfte voraussichtlich nicht auf einen einheitlichen Kandidaten einigen können. Es wird also nicht das russische Muster der Präsidentschaftswahl – Kommunist gegen Antikommunist – geben. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte ein Kandidat der politischen Mitte der nächste Präsident der Ukraine werden, und zwar derjenige, dem die

³² Holos Ukrajiny, 4.11.1998, S. 3

³³ Den', 28.7.1998, S. 4

Wähler aus den östlichen und südlichen Gebieten folgen werden. Für die Ukraine gilt der Satz: Um Präsident zu werden, braucht der Kandidat die Unterstützung des Ostens (und Südens), um Präsident zu bleiben des Westen des Landes.

Am 1. Dezember 1991 verlor der Kandidat der nationalgesinnten Westukraine, Čornovil, gegen den Ex-Kommunisten Kravčuk, der in der Zentral- und Ostukraine unterstützt wurde. Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Sommer 1994 verzichteten die National-Demokraten sogar auf einen eigenen Kandidaten. Um die "russische Gefahr" in Gestalt des Herausforderers Kučma zu bändigen, sahen sie sich damals gezwungen, den ehemaligen KP-Funktionär und amtierenden Präsidenten Kravčuk zu unterstützen. Eine hohe Zustimmung in der West- und Zentralukraine für Kravčuk reichte dennoch nicht aus, da der Osten und Süden des Landes ihm ihre Unterstützung verweigerten. Obwohl heute ein National-Demokrat als Präsidentschaftskandidat völlig chancenlos wäre, werden die National-Demokraten, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, bei den Präsidentschaftswahlen 1999 aller Wahrscheinlichkeit nach einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken. Sollte Kučma den zweiten Wahlgang gegen einen Linken bestreiten müssen, beabsichtigt die Ruch, für ihn als das "kleinere Übel" zu stimmen. 1994 genoß Kučma nicht nur in den südlichen und östlichen Gebieten der Ukraine Popularität, sondern auch bei den Wirtschaftsbossen. Die Unternehmer (Biznesmeny) wählten ihn im Dezember 1993 gegen den Widerstand des damaligen Präsidenten Kravčuk zum Vorsitzenden des "Ukrainischen Verbands von Industriellen und Unternehmern". Vier Jahre später sind allerdings viele von ihnen von seiner Politik enttäuscht: Sie wagten bei den Parlamentswahlen nicht, propräsidentische Parteien offen zu unterstützen, und haben zahlreiche eigene Parteien der Unternehmer und Bankiers gebildet.

Das Wahlprogramm Kučmas bei den Präsidentschaftswahlen 1994 beinhaltete folgende Punkte: radikale Wirtschaftsreformen, soziale Absicherung der Bevölkerung, verstärkte Bekämpfung der Korruption und organisierter Kriminalität, Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland, Föderalisierung des Landes, offizielle Einführung der Zweisprachigkeit und die vertragliche Lösung des Krim-Problems.

Von diesen Versprechen wurden weder die politischen noch die wirtschaftlichen, geschweige denn die sozialen erfüllt. Für die einen reichte der politische Willen nicht aus, für die anderen das Durchsetzungsvermögen des Präsidenten. Die dritten gerieten einfach in Vergessenheit vor dem Hintergrund des permanenten Machtkampfs. Der Westen ist quasi gezwungen, die halbherzigen Reformen (eher Reformversuche und Absichtserklärungen) von Kučma zu unterstützen, da andernfalls die Gefahr groß ist, daß er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen von einem linken Herausforderer abgelöst wird. Diese Gefahr der "roten Revanche" wird von der ukrainischen Führung bewußt als Druckmittel eingesetzt. Genauso wie im Fall Rußland 1996, wo der Westen alles auf die Karte El'cin setzte, gibt es in der Ukraine angeblich keine Alternative zu dem jetzigen Präsidenten.

Die Popularität Kučmas bei der Bevölkerung nimmt jedoch seit seiner Wahl kontinuierlich ab. Die Umfrage des Fonds "Demokratische Initiativen", des Instituts für Soziologie und von "Socis-Gallup", bei der 1.800 Respondenten befragt wurden, macht dies deutlich. Wenn im Herbst 1994 (drei Monate nach seiner Wahl) ihm noch 42% vertrauten, waren es 1995 37%

der Befragten, 1996 26%, 1997 21% und 1998 nur 12%. Bei einer ungefähr konstanten Zahl der Unentschlossenen wurde seine Präsidentschaft von immer mehr Menschen negativ bewertet: 1994 10%, 1995 24%, 1996 37%, 1997 41% und 1998 sogar 53% der Befragten.³⁴

Der Grund für die sinkende Popularität lag vor allem in der Unfähigkeit des Präsidenten, die nötigen Wirtschaftsreformen in Angriff zu nehmen. Viele Wähler fühlten sich vom Präsidenten betrogen, der zunehmend von seinen Wahlversprechen abrückte. Besonders stark schwand seine Popularität bei der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes, während die Westukraine ihr ursprüngliches Mißtrauen ablegte und ihn zunächst zu unterstützen begann. Da aber die Wirtschaftsreformen nicht vorankamen, machte sich die Enttäuschung über die Politik des Präsidenten allmählich auch in den westlichen Gebieten breit. Außerdem ist seine Unterstützung in der Westukraine nicht so bedingungslos wie für Kravčuk 1994, als die Euphorie nach der Unabhängigkeit noch nicht ganz verfliegen war.

Da die aussichtsreichsten Kandidaten auf das Präsidentenamt der ukrainischen politischen Mitte zugerechnet werden können, wird es nicht um Inhalte, sondern um Personen gehen. Dies wird keine Richtungswahl sein (wie in Rußland 1996), sondern eher eine Wahl ohne echte Alternative, was auch in der Bevölkerung so empfunden wird: "Die da oben sind sowieso alle gleich." Daher auch die Politikverdrossenheit, Politikmüdigkeit, Apathie und Gleichgültigkeit vieler Bürger. "Die da oben" sind Clans, die einander um Pfründe, wie Staatseigentum, Rohstoffe, Außenhandel, Immobiliengeschäfte usw., bekämpfen.

Dem amtierenden Präsidenten, der sich in die Clankämpfe einbeziehen ließ, die seit 1995 toben, wird höchstwahrscheinlich der Linkszentrist Moroz als "Saubermann" gegenüberstehen. Dem Präsidenten wird angelastet, daß die Korruption und organisierte Kriminalität nicht wirksam genug bekämpft werden, daß die gesamte Politik von der Mehrheit der Bevölkerung als "schmutzige Angelegenheit" empfunden wird. So gaben z.B. 1997 etwa 65% der Respondenten auf die Frage "Welche sozialen Gruppen spielen beim Aufbau der Staatlichkeit in der Ukraine eine bedeutende Rolle?" die Antwort: "Mafia und Kriminelle" (1994 vertraten nur 34% diese Ansicht).³⁵

Laut einer anderen Untersuchung sind 62% der Befragten der Meinung, daß die ukrainischen Politiker in erster Linie ihre persönlichen Interessen verfolgen. Weitere 15% glauben, daß Politiker nur nach guten Posten und Ruhm streben, 6% nannten Profilierungssucht als Hauptmotiv und 5% die Lust am Befehlen. Lediglich 6% der Respondenten sahen in den Politikern Menschen, die der Gesellschaft dienen wollen.³⁶ Das Vertrauen der Bevölkerung zu den Politikern scheint unwiderruflich ruiniert zu sein. Ob der 1999 anstehende Wahlkampf diese Situation ändern kann, ist mehr als fraglich.

³⁴ Den', 5.8.1998, S. 4

³⁵ Dies war eine soziologische Untersuchung, durchgeführt vom Fonds "Demokratische Initiativen" zusammen mit dem Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und dem Dienst "Socis-Gallup". Kievskie vedomosti, 8.8.1997, S. 3

³⁶ Den', 28.3.1997, S. 1

6. Fazit

In der Ukraine wird schon seit Jahren ein permanenter Machtkampf zwischen Parlament und Präsident ausgetragen. Beide Seiten bleiben zwar im Rahmen der Verfassung und der Gesetze, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit kam es bisher nicht. Die Parlamentswahlen haben zwar die Zusammensetzung der VR nach links verschoben, brachten aber den antipräsidentischen Kräften keinen entscheidenden Erfolg. Jetzt setzen die Linken, die im Aufwind begriffen sind, auf die Präsidentschaftswahlen, um den angeschlagenen Präsidenten abzuwählen. Da die wirtschaftliche und soziale Situation in der Ukraine desolat bleibt, kann der amtierende Präsident keine Erfolge vorweisen. Deshalb versucht er seine Machtposition auszubauen, um mit Hilfe des Staatsapparats (Gouverneure), der staatlichen Medien (vor allem Fernsehen, aber auch Zeitungen), der neuen Finanz- und Unternehmerclans (Gruppe Surkis-Medvedčuk) an der Macht zu bleiben. Die Entscheidung wird in der politischen Mitte fallen, da weder die radikal Linken noch die radikal Rechten im Alleingang siegen können. Der Präsidentschaftskampf dürfte auf ein Duell zwischen Kučma und Moroz hinauslaufen.

Abkürzungsverzeichnis

ARK	–	Avtonomna Respublika Krym (Autonome Republik Krim)
CDPU	–	Chrystyjans'ko-demokratyčna partija Ukrajiny (Christlich-Demokratische Partei der Ukraine)
CNS	–	Chrystyjans'ko-narodnyj sojuz (Christliche Volksunion)
CVK	–	Central'na vyborča komisija (Zentrale Wahlkommission)
DPU	–	Demokratyčna partija Ukrajiny (Demokratische Partei der Ukraine)
DSU	–	Deržavna samostijnist' Ukrajiny (Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine)
"EVU"	–	Wahlblock "Evropejs'kyj vybir Ukrajiny" – "Europäische Wahl der Ukraine" der USDP und LDPU
HKU	–	Hromadjans'kyj konhres Ukrajiny (Bürgerkongreß der Ukraine)
KPU	–	Komunistyčna partija Ukrajiny (Kommunistische Partei der Ukraine)
KUN	–	Konhres ukrajins'kych nacionalistiv (Kongreß der ukrainischen Nationalisten)
LDPU	–	Liberal'no-demokratyčna partija Ukrajiny (Liberal-Demokratische Partei der Ukraine)
LPU	–	Liberal'na partija Ukrajiny (Liberale Partei der Ukraine)
MBR	–	Mižrehional'nyj blok reform (Interregionaler Reformblock)
"MS"	–	Wahlblock "Menše sliv" – "Weniger Worte" der SNPU und DSU
NDPU	–	Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny (Volksdemokratische Partei der Ukraine)
"NEP"	–	Wahlblock "Narodovladdja, Ekonomika, Porjadok" – "Volksmacht, Wirtschaft, Ordnung" der DPU und PEV
"NF"	–	Wahlblock "Nacional'nyj front" – "Nationale Front" der URP, UKRP und des KUN
NPU	–	Narodna partija Ukrajiny (Volkspartei der Ukraine)
NRU	–	Narodnyj ruch Ukrajiny (Volksbewegung der Ukraine)
PDESP	–	Partija duchovnoho, ekonomičnoho i sozial'noho prohresu (Partei des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts)
PEV	–	Partija ekonomičnoho vidrodžennja (Partei der wirtschaftlichen Wiedergeburt der Ukraine)
PMU	–	Partija musul'man Ukrajiny (Partei der Moslems der Ukraine)
PNERU	–	Partija nacional'no-ekonomičnoho rozvytku Ukrajiny (Partei der national-wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine)
PP	–	Partija praci (Partei der Arbeit)
PRP	–	Partija "Reformy i porjadok" (Partei "Reformen und Ordnung")
PRVU	–	Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajiny (Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine)
PS	–	Partija "Sojuz" (Partei "Union")
PSEU	–	Partija slavjans'koho edynstva Ukrajiny (Partei der slawischen Einheit der Ukraine)

PSPU	–	Prohresyvnna socialistyčna partija Ukrajiny (Progressive Sozialistische Partei der Ukraine)
PZU	–	Partija Zelenych Ukrajiny (Partei der Grünen der Ukraine)
PZV	–	Partija zachysnykiv Vitčyzny (Partei der Vaterlandsverteidiger)
"Razom!"	–	Wahlblock "Zusammen!" der PP und LPU
RCP	–	Respublikans'ka chrystyjans'ka partija (Republikanische Christliche Partei)
SDPU	–	Social-demokratyčna partija Ukrajiny (Sozialdemokratische Partei der Ukraine)
SDPU(o)	–	Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednana) (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine)
SelPU	–	Seljans'ka partija Ukrajiny (Bauernpartei der Ukraine)
"SLOn"	–	Wahlblock "Social'no-liberal'ne objednannja" – "Sozial-Liberale Vereinigung" des MBR und der UKDP
SNPU	–	Social-nacional'na partija Ukrajiny (Sozial-nationale Partei der Ukraine)
SPU	–	Socialistyčna partija Ukrajiny (Sozialistische Partei der Ukraine)
"TU"	–	Wahlblock "Trudova Ukrajina" – "Werkstätige Ukraine" der UPS und des HKU
UCDP	–	Ukrajins'ka chrystyjans'ko-demokratyčna partija (Ukrainische Christlich-Demokratische Partei)
UKDP	–	Ukrajins'ka konstytucijno-demokratyčna partija (Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei)
UKRP	–	Ukrajins'ka konservatyvna respublikans'ka partija (Ukrainische Konservative Republikanische Partei)
UNA	–	Ukrajins'ka nacional'na asambleja (Ukrainische nationale Versammlung)
UPS	–	Ukrajins'ka partija spravedlyvosti (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit)
UPSSS	–	Ukrajins'ka partija solidarnosti i social'noj spravedlyvosti (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit und sozialen Gerechtigkeit)
URP	–	Ukrajins'ka respublikans'ka partija (Ukrainische Republikanische Partei)
USDP	–	Ukrajins'ka seljans'ka demokratyčna partija (Ukrainische Demokratische Bauernpartei)
VOH	–	Vseukrajins'ke objednannja "Hromada" (Allukrainische Vereinigung "Gemeinschaft")
VPT	–	Vseukrajins'ka partija trudjaščych (Allukrainische Partei der Werktätigen)
VPŽI	–	Vseukrajins'ka partija žinočych iniciatyv (Allukrainische Partei der Fraueninitiativen)
VR	–	Vechovna Rada (Oberster Sowjet, das ukrainische Parlament)
"VU"	–	Wahlblock "Vpered, Ukrajino!" – "Vorwärts, Ukraine!" der UCDP und der CNS
"ZPNU"	–	Wahlblock "Za pravdu, za narod, za Ukrajinu!" – "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!" der SPU und SelPU

Alexander Ott

Ukraine Before and After the 1998 Parliamentary Elections

Bericht des BIOst Nr. 2/1999

Summary

Introductory Remarks

In Ukraine the political highlight of 1998 was the holding of the second parliamentary elections since the country's declaration of independence. These elections, held on March 29, were the first since the adoption of the new constitution in June 1996 and thus constituted a test of Ukrainian democracy and the multi-party system. As well as bringing about a new distribution of the seats in the Verchovna Rada or Supreme Council, the 1998 elections were also seen by all political actors as a kind of dress rehearsal (or in some cases an expression of protest) for the forthcoming presidential elections scheduled for October 1999 and thus as an indication of what the outcome of those elections might be. The significance of the parliamentary elections for political developments in the Ukraine is much greater than that of the elections to the Russian Duma, since the Ukrainian parliament has greater powers than its Russian counterpart.

The report is based on material from the Ukrainian press.

Findings

1. Six months before the elections the Ukrainian electoral system was reformed via an important new law "On the Election of Ukrainian People's Deputies", which came into force at the end of September 1997. This law introduced a mixed voting system, whereby for the first time ever half of the members of parliament were to be elected from party lists. The effect of this innovation was to stimulate party activity. Many new, short-lived parties emerged, whose only political goal was to get into parliament. Since political life in Ukraine is dominated by personalities, the election campaign was more about personal rivalries than about electoral programmes. Ukraine's political parties may be distinguished from one another not only by their political orientation (right, left, pro-Russian, pro-Western) but also by whether they are pro- or anti-president. Every prominent Ukrainian politician has his own party, and parties are founded on the principle of personal loyalty rather than of political conviction and split according to the same principle.

The media had a major role to play in the election campaign. Advertisements and political broadcasts by parties and electoral blocs that had been put together by PR companies were carried by newspapers and television channels. Although richer parties were able to buy more advertising time than poorer ones, it was not money but loyalty to the president

that was the main determining factor in obtaining prime broadcasting time. Thus, as independent observers noted, certain parties were clearly discriminated against while others were favoured.

2. Thirty-two of the more than fifty officially registered parties and voters' associations had submitted their electoral lists to the Central Electoral Commission (CVK) by December 19 (100 days before the elections). In order to stand for election, political organisations were required by the CVK to collect 200,000 signatures (at least 10,000 from each of Ukraine's fourteen administrative units). Thirty organisations (twenty-one parties and nine electoral blocs) fulfilled this requirement. The front-runners right from the start of the campaign included the Communist Party of Ukraine (KPU), the Rukh Party (NRU), the Popular Democratic Party of Ukraine (NDPU) and the Socialist/Peasants' Bloc (ZPNU).
3. The elections served to separate the political sheep from the goats. Numerous small parties were excluded from the running and only seven parties and one electoral bloc managed to clear the hurdle of an average of 4% of the vote nation-wide. Two parties – the KPU and the Progressive Socialist Party of Ukraine (PSPU) – as well as the ZPNU electoral bloc are on the left of the political spectrum, while four parties (the NDPU, PZU, SDPU (o) and the VOH) are considered to be centrist; the NRU is a nationalist democratic party. The results of the parliamentary elections confirm that Ukraine is politically split. As in the previous elections, four years earlier, the Left had its main strongholds in the East and South of the country while the nationalist NRU and the Right won most of its votes in Western and Central Ukraine.

While greatly increasing the number of seats it holds in parliament, the Left fell short of its goal of achieving an absolute majority. With a relative majority over the other parties, the Communists are dependent on the support of the other left-wing parties. It is doubtful, however, whether they will be able to form a united front and pursue a common line. Differences in the political programmes of the KPU and the SPU and personal rivalries between the leaders of the left-wing parties – Symonenko, Moroz and Vitrenko – (all of whom are considered to be potential presidential candidates) have a not insignificant role to play. Moreover, even with the support of the left-oriented MPs without party affiliation, the left wing still does not have a majority in parliament. The only point on which the Left is unanimous is in its rejection of the Kucma "regime", which it considers to be a "public enemy". It is possible that an "anti-presidential alliance" may be formed on this basis between the Left and Hromada (VOH).

4. At the beginning of November 1998, seven months after the elections, the Ukrainian parliament still had only 448 members and was thus incomplete. In comparison with the old parliament, the new one is somewhat more consolidated and more clearly structured. The number of parliamentary groups has been slightly reduced. Whereas in the old parliament there were at times eleven parliamentary groups consisting of representatives of more than fifteen parties as well as numerous "independents" and MPs without party affiliation, the new Verchovna Rada, which constitutes the XIV parliamentary session, has eight parliamentary groups. There has also been a change in the rules, lowering the minimum

number of MPs per parliamentary group from twenty-five to fourteen.

Ideologically speaking, the new parliament may be divided into two main blocs: the Left, consisting of three parliamentary groups, and the Centrists and National-Democrats, consisting of five groups. Since, however, the most important political issue is the groups' attitude to the president and his policies, the dividing line in reality runs between anti- and pro-presidential forces – i.e., between the Left and Hromada on the one hand and the Centrists (NDPU, SDPU (o) and PZU) plus the NRU, who are loyal to the president, on the other. Neither bloc has a majority, a situation that led to a two-month stalemate regarding the election of the parliamentary chairman. It took twenty attempts before the left-centrist candidate, Oleksandr Tkachenko, was elected to this post.

5. The electoral marathon, which dominated Ukrainian politics for the whole of 1997, did not end with election day on March 29 1998 but simply entered a new phase, for the parliamentary elections were considered to be a dress rehearsal for the presidential elections. While the success of the left opposition led to a considerable strengthening of anti-presidential forces, the elections did not produce a clear-cut situation in parliament. The lack of an absolute majority for any one party or even of a stable coalition has hampered the efficiency of the parliament. The best example of this was the two-month-long debacle over the election of the parliamentary chairman. The legislature as a whole did not emerge a stronger body as a result of the elections, for there is still no one political force capable of forming a government and assuming responsibility for running the country. President Kucma, whose position appeared to be weakened after the elections, has made a comeback and profited from the stalemate situation that existed in parliament during the summer of 1998. He seized the initiative and went on the offensive by issuing a number of economic decrees. By means of a number of clever counter-moves he has strengthened his position for the coming election campaign and managed to use his supporters in parliament to prevent Oleksandr Moroz, probably his greatest rival in the presidential elections, from being re-elected as parliamentary chairman. With the election of Tkachenko to this post the pieces have been rearranged on the Ukrainian political chessboard. The split in the SPU-SelPU alliance has also significantly weakened Moroz's position, since he can no longer count on the support of the rural population. Kucma, by contrast, has won a further pillar of support for his election campaign, namely, the financially powerful SDPU (o). This also means a bad start for his other rival, former Prime Minister Jevhen Marcuk, who has no party of his own and is thus rather isolated. Another potential presidential candidate, former Prime Minister Pavlo Lazarenko, who has both a party and a powerful newspaper empire backing him, ran into trouble when he was faced with charges of corruption and abuse of public funds. The press came under increased pressure from state structures in 1998: opposition newspapers were hounded on various pretexts while pro-presidential media were given support. Thus, Kucma managed not only to weaken his rivals but also to seize the political initiative and, despite rapidly declining popularity, to present himself as the prime presidential candidate. Since, however, Ukrainian election campaigns, like Ukrainian politics in general, operate

according to their own laws, the question of who the next Ukrainian president will be is still wide open.